PVB APC

Nr. 2 | Juni | Juin | Giugno 2020

Magazin-e

Personalverband des Bundes | Association du personnel de la Confédération | Associazione del personale della Confederazione | www.pvb.ch

SPEZIAL-DOSSIER
Bundesangestellte leisten während der Corona-Pandemie Historisches

DOSSIER SPÉCIAL
Engagement historique du personnel fédéral face à la pandémie de corona-virus

DOSSIER SPECIALE
Impegno storico del personale federale nella pandemia del Coronavirus

BEKB | BCBE

Vergünstigte Hypotheken für alle PVB-Mitglieder.

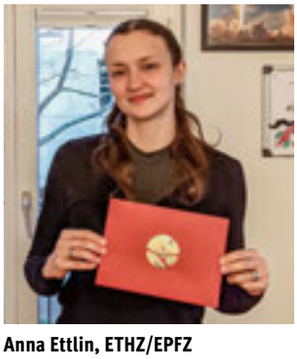
Ihre Vorteile

– Vorteilhafte Konditionen auf Festzinshypotheken (auch gestaffelt beziehbar)
– Zinssatz bis 12 Monate im Voraus fixierbar
– Keine Bearbeitungsgebühren

Erfahren Sie mehr auf **bekb.ch/pvb** oder rufen Sie uns an: **031 666 14 40.**

Wettbewerb «Gewinnen Sie eine Gourmetbox!»
Concours «Gagnez une Gourmetbox!»
Concorso «Vinci una Gourmetbox!»

Anita Della Torre, VBS/DDPS



Anna Ettlin, ETHZ/EPFZ

André Stauffer, EFD/DFF

Christine Chenaux; BAK/OFC

Thomas Kalau, EDA/DFAE

Der PVB gratuliert den fünf Gewinnern und dankt für die Teilnahme!

L'APC félicite les cinq gagnant-e-s et les remercie pour leur participation!

L'APC si congratula con i cinque vincitori e li ringrazia per la loro partecipazione!

PVB APC

Inhalt

Editorial: Service public und 13. AHV-Initiative | Seite 4

#IhreGeneralsekretärin: Ein starker Verband – auch in Zeiten von Corona | Seite 4

EDA: Der PVB unterstützt die Beschwerde eines unserer Mitglieder an das Bundesgericht | Seite 5

SPEZIAL-DOSSIER: Bundesangestellte leisten während der Corona-Pandemie Historisches | Seite 6

FAQ Coronavirus: Kostenübernahme und Datenschutz bei Homeoffice | Seite 10

Initiative für eine 13. AHV-Rente: Unsere Arbeit verdient gute Renten | Seite 11

Resolution für gerechte und sichere Renten: Die Antwort von Bundesrat Ueli Maurer | Seite 32

Sommaire

Editorial: Service public et 13e rente AVS | Page 15

#VotreSecrétairegénérale: Pour une association forte même à l'heure du coronavirus | Page 15

DFAE: L'APC soutient le recours d'une membre devant le Tribunal fédéral | Page 16

DOSSIER SPÉCIAL: Engagement historique du personnel fédéral face à la pandémie de coronavirus | Page 17

7 questions à Florent Gerbex | Site 21

FAQ Coronavirus: Prise en charge des coûts et protection des données | Page 22

Initiative pour une 13e rente AVS: Notre travail mérite de bonnes rentes | Page 23

Résolution pour des rentes justes et sûres: La réponse du conseiller fédéral Ueli Maurer | Page 32

Groupe de travail «25<40»: Ils et elles sont l'avenir de l'APC! | Page 33

Sommario

Editoriale: Servizio publico e 13a rendita AVS | Pagina 26

#VostraSegretariagenerale: Un'associazione forte – anche in tempi di coronavirus | Pagina 26

DOSSIER SPECIALE: Impegno storico del personale federale nella pandemia del Coronavirus | Pagina 27

Una 13a rendita AVS per tutti: Il nostro lavoro ci fa ottenere una buona rendita | Pagina 29

Sektionen – Sections – Sezioni

| Seite 33

Umzug des PVB

Seit dem 1. Juni 2020 ist der PVB an einem neuen Standort zu finden. Wir freuen uns Sie ab sofort mitten in der Stadt Bern empfangen zu dürfen. Der neue Standort zeichnet sich durch die gute Erreichbarkeit, die Nähe zu vielen Sozialpartnern und die hellen und modernen Räumlichkeiten aus.

Déménagement de l'APC

Depuis le 1er juin 2020, le siège de l'APC se trouve à une nouvelle adresse! Nous nous réjouissons de vous accueillir au cœur de la ville de Berne. Le nouveau site se caractérise par sa bonne accessibilité, la proximité de nombreux partenaires sociaux et des locaux lumineux et modernes.

Trasferimento dell'APC

Dal 1° giugno 2020 il PVB si trova in uno nuovo luogo. Vi aspettiamo nel cuore della città di Berna. Il nuovo luogo si caratterizza per la sua buona accessibilità, la vicinaza a molte parti sociali e i locali luminosi e moderni.

Service public und 13. AHV-Initiative

In der Corona-Krise haben wir vieles erfahren und gelernt. Und eines ist sehr deutlich geworden: Die Wichtigkeit eines gut funktionierenden und demokratischen Staates mit seinem Service Public.

Die Regierung und auch die Mitarbeitenden des Bundes leisten derzeit Enormes und dafür möchte ich an dieser Stelle meinen allergrössten Dank aussprechen. In diesem Magazin-e zeigen wir, wie es an den Brennpunkten aussieht. Ein spannender Einblick.

Der Schutz und die Wertschätzung der älteren Bevölkerung ist gerade in Zeiten der Coronavirus-Verbreitung eine zentrale Frage. Wir tun alles daran sie zu schützen und halten uns an die Verhaltensregeln, die der Bund uns empfiehlt. Verhaltensregeln, die grundsätzlich uns alle schützen. Sie weiterhin zu beachten, ist von grosser Bedeutung und rettet Leben.

Doch der Schutz der Älteren bedeutet weit mehr als sie vor gesundheitlichen Risiken zu bewahren. Denn keine Altersgruppe ist derart stark auf Ergänzungsleistungen angewiesen wie die Rentnerinnen und Rentner. Auch die Altersarmut ist, nachdem sie bis 2013 gesunken ist, seitdem wieder am Steigen. Unser Verfassungsziel eines gesicherten Lebensabends erfüllen wir leider nicht. Wer ein Leben gearbeitet und viel für unsere Gesellschaft geleistet hat, hat das Recht auf einen Lebensabend ohne finanzielle Sorgen.

Wie wichtig die Stärkung der AHV und eine Verbesserung der Situation der Rentnerinnen und Rentner im PVB ist, hat uns auch der im November 2019 erstmals durchgeführte Rentnerkongress gezeigt. Die Angst nicht mehr über die Runden zu kommen, war spürbar. Denn auch bei den ehemaligen Angestellten des Bundes, bundesnaher Betriebe und des ETH-Bereichs verfügen nicht alle über eine ausreichende Rente, zudem betreffen die sinkenden Pensionskassenleistungen auch sie.

Viele Frauen haben nur kleine oder gar keine Renten aus der beruflichen Vorsorge, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben. Für sie ist der Ausbau der AHV besonders wichtig, auch wenn die 13. Rente ein moderater Schritt ist.

Doch auch für Jüngere ist die 13. AHV-Rente gut. Denn wenn sie den gleichen Betrag über die 3. Säule finanzieren wollten, müssten sie fünf- bis zehnmal so hohe Beiträge finanzieren, wie bei der AHV.

Die Stärkung der AHV mit einer 13. AHV-Rente ist darum ein wichtiges Projekt und ein Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen die AHV stärken und ausbauen und damit all denen gegenübertreten, die unsere wichtigste Säule der Altersvorsorge jetzt schwächen und sie nicht mehr ausfinanzieren wollen. Der PVB unterstützt diese Volksinitiative und wir fordern Sie als unsere Mitglieder auf, die Initiative zu unterschreiben und in Ihrem Bekanntenkreis dafür Unterschriften zu sammeln. Vielen Dank.

Schauen Sie gut zu sich und ihren Nächsten.

Barbara Gysi, Verbandspräsidentin

#IhreGeneralsekretärin

Ein starker Verband – auch in Zeiten von Corona

Liebe Mitglieder

Ab dem 16. März wurde Homeoffice für die meisten von euch wie auch für unser ganzes Team zur neuen Arbeitsrealität. Während dieser anspruchsvollen Zeit des Lockdwon erreichten uns sehr viele Anfragen. Um diese unkompliziert und direkt beantworten zu können, haben wir am 17. März eine Corona-Hotline eingerichtet, die während den vergangenen Wochen stark genutzt wurde. Die wichtigsten und drängendsten Fragen in Zusammenhang mit Corona haben wir zusätzlich auf unserer Home-Page unter Frequently Asked Questions (FAQ) aufgeschaltet und laufend aktualisiert.

Die Arbeit im Homeoffice kann sehr anspruchsvoll sein, gerade wenn man gleichzeitig Betreuungsaufgaben wahrzunehmen hat. Und auch unabhängig davon, ist die Arbeit auf Distanz, ohne oder mit nur sehr eingeschränkten sozialen Kontakten, eine Herausforderung. Deshalb haben wir am 1. Mai eine Mitgliederumfrage lanciert, mit dem Ziel von unserer Basis ein möglichst aussagekräftiges Bild über die Chancen und Risiken der Homeoffice-Arbeit zu erhalten. Der Rücklauf war überwältigend, innert 48 Stunden. hatten wir bereits über 1000 Teilnehmer_innen. Schlussendlich haben 3400 Mitarbeiter_innen an der Umfrage teilgenommen.

Am 25. Mai haben wir die Ergebnisse der Umfrage mit dem obersten Personalchef der Bundesverwaltung, Bundesrat Ueli Mauerer erläutert.

Über die Lohngespräche mit dem Finanzminister haben wir bereits per Newsletter informiert.

So langsam beginnt wieder Normalität in unseren Alltag einzukehren. Seit Anfang Juni arbeitet nun auch das Team PVB, vorerst gruppenweise, wieder vor Ort in unseren neuen Büroräumlichkeiten an der Wabernstrasse 40.

Aber auch nach Corona und mit neuem Standort hat sich an unserem obersten Ziel, ein starker und verlässlicher Partner für euch zu sein, nichts geändert.

In diesem Sinne, wir sind für euch da!

Janine Wicki, Generalsekretärin

Lohngespräche im Zeichen des Service Public

Am 25. Mai haben sich die Spitzen der Personalverbände mit Bundesrat Maurer zum zweiten Mal in diesem Jahr zu Lohngesprächen getroffen. Man war sich einig, dass sich die Ausgangslage verändert hat und die Situation nach Corona auch in finanzieller Hinsicht nicht mehr die gleiche ist wie noch im vergangenen Februar. Ebenso war man sich einig, dass unzählige Mitarbeitende der Bundesverwaltung mit unermüdlichen Einsatz zur erfolgreichen Bewältigung der Corona-Krise beigetragen haben und damit ein weiteres Mal eindrücklich unter Beweis gestellt wurde, wie wichtig ein gut funktionierender Service Public ist. Diese Mitarbeitenden haben Wertschätzung verdient, auch darüber bestand Einigkeit. Die Gespräche verliefen jedoch ergebnisoffen; eine nächste Verhandlungsrunde wird am 26. November stattfinden.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Umsetzung von Homeoffice während der Corona-Krise. Hier monierte der PVB bereits Ende April beim Vorsteher EFD, dass Mitarbeitende in verschiedenen Verwaltungseinheiten angehalten sind, Minusstunden anzuhäufen oder Ferien zu beziehen, wenn sie ihre tägliche Sollarbeitszeit auf Grund von Betreuungspflichten nicht erfüllen können. Die Direktorin des EPA betonte, dass man bestrebt sei faire Lösungen zu finden. Sie bat die Sozialpartner künftig um konkrete Meldungen, falls sich Verwaltungseinheiten nicht an die vereinbarten Regelungen halten.

Erste Ergebnisse aus der Homeoffice-Umfrage

Der PVB erläuterte dem Vorsteher EFD zudem erste Ergebnisse aus seiner Homeoffice-Umfrage. Bis dato haben an der Umfrage mehr als 3400 Personen teilgenommen. Die grosse Mehrheit der Teilnehmenden hat positive Erfahrungen mit dem Homeoffice gemacht und wünscht sich, dass der Arbeitgeber auch in Zukunft ein oder zwei Arbeitstage in der Woche im Homeoffice ermöglicht.

Dabei stellen sich aber auch ganz konkrete Fragen zur Gesundheit am Arbeitsplatz, zur Übernahme von Infrastrukturkosten oder zum Datenschutz und zur Datensicherheit, um nur einige Beispiele zu nennen.

Bundesrat Maurer erläuterte, dass in einem ersten Schritt geplant ist, dass die Mitarbeitenden sukzessive wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können, dass es aber in einem zweiten Schritt darum gehe, die Lehren aus dem Homeoffice während der Corona-Krise zu ziehen und unter Einbezug der Sozialpartner Konzepte zu erarbeiten, wie und in welcher Form diese Arbeitsweise auch in Zukunft möglich sei. Der PVB wird die detaillierten Ergebnisse der Umfrage in die Ausarbeitung einfliessen lassen.

Janine Wicki

Ist der Anteil des Arbeitgebers an der 2. Säule Teil des garantierten Lohns?

Der PVB unterstützt die Beschwerde eines unserer Mitglieder an das Bundesgericht

Was genau, im Falle einer Reorganisation, ist im garantierten Lohn enthalten? Frau A. (fiktiver Name), ein PVB-Mitglied, stellt das derzeit in der Bundesverwaltung geltende Gesetz in Frage. Sie ist der Ansicht, dass der Arbeitgeberanteil an den Beiträgen der 2. Säule ein integraler Bestandteil des verdienten Lohnes ist.

Frau A. (fiktiver Name) ist ziemlich wütend. Im Zuge einer Reorganisation in ihrer Abteilung wurde ihre Position herabgestuft. Sie wird nun für die gleiche Tätigkeit in die Gehaltsklasse 22 statt 24 eingestuft. Als man ihr von ihrer neuen Situation erzählte, nahm sie es zunächst philosophisch. Frau A. über 55 Jahre alt ist, erhält sie bis zu ihrer Pensionierung das gleiche Gehalt, das sie derzeit erhält, das so genannte «Erwerbseinkommen».

Ihre Überraschung war hoch, als ihr mitgeteilt wurde, dass eine Herabstufung in die Lohnklasse 22 zu niedrigeren Arbeitgeberbeiträgen an die Pensionskasse Publica führen würde, weil die Arbeitnehmerin nicht mehr vom Publica-Rahmenplan mit höheren Arbeitgeberbeiträgen profitiert.

Frau A. versteht die Lage nicht. Sie war sich sicher, dass eine Lohngarantie auch die Beiträge des Arbeitgebers zur 2. Säule beinhalte. Sie setzte sich mit dem PVB in Verbindung, die bestätigt, dass gemäss Artikel 52a der Bundespersonalverordnung vom 3. Juli 2001 über das Personal der Eidgenossenschaft, dies nicht der Fall sei. Frau A. erfährt, dass auch der PVB die Situation für ungerecht hält: Die Beiträge der 2. Säule sollten ein integraler Bestandteil des Gehalts sein.

Der PVB fragt sie daraufhin, ob sie mit seiner finanziellen Unterstützung einer Beschwerde vor dem Bundesverwaltungsgericht zustimmen würde. Frau A. stimmt sofort zu, zumal sie mehrere andere Kollegen kennt, die in der gleichen Situation sind. Im August 2018 entschied der Exekutivausschuss über die Höhe der zu gewährenden Unterstützung, und Frau A. wandte sich umgehend an einen Anwalt des Verbandes, um die Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) zu verfassen. Die Entscheidung fiel im April 2020.

Ihre Berufung wurde zurückgewiesen. Das BVGer begründete seine Ablehnung damit, dass die Entscheidung

im Einklang mit den geltenden Gesetzen stehe. Frau A. gibt nicht auf: sie wird mit der Unterstützung vom PVB gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Beschwerde einreichen.

Luc Python

Bundesangestellte leisten während der Corona-Pandemie Historisches

Seit Monaten hält die Corona-Pandemie die Welt im Würgegriff, jeder Bereich des öffentlichen und privaten Lebens ist betroffen. Ganz besonders gefordert sind in dieser Zeit die Staaten, die ihre Bürgerinnen und Bürger unversehrt durch die Krise zu manövrieren versuchen. Die Schweiz hat vorbildlich auf das Coronavirus reagiert. Sprichwörtlich, denn in verschiedensten Bereichen hat sich ein Schweizer Modell oder eine Schweizer Lösung für andere Länder als Vorbild herausgestellt. Dabei war Geschwindigkeit der Schlüssel zum Erfolg. Ob an der Grenze, bei der Armee, in der Wirtschaft oder in der Informatik, um nur einige zu nennen: Dem Bund gelang es in Rekordzeit, sinnvolle, durchdachte und pragmatische Lösungen zu präsentieren.

Das alles wäre nicht möglich gewesen ohne den historischen Effort, den Bundesangestellte in den vergangenen Monaten geleistet haben. Diese Reportage stellt Menschen aus acht Teilbereichen des Bundes ins Zentrum: ihre Erfahrungen mit der Corona-Krise, wie einschneidend sich ihr Arbeitsalltag verändert hat, worauf sie stolz sind.

Lucas Orellano, Journalist

Ein Puzzleteil für die Krisenbewältigung

Bundesamt für Gesundheit
Brigitte Meier,
Sektionsleiterin Forschung am Mensch

Das **Bundesamt für Gesundheit** ist in der Corona-Krise allgegenwärtig. Klar, der Umgang mit der Pandemie fällt direkt in ihren Zuständigkeitsbereich, die Gesundheit der Menschen geniesst bei allen Massnahmen des Bundes höchste Priorität. Dazu braucht es laufend neue Erkenntnisse über die zuvor unbekannte Krankheit. Brigitte Meier, Sektionsleiterin Forschung am Mensch beim BAG, leitet während der Pandemie die Arbeitsgruppe Forschung. Und damit die Schnittstelle zwischen Amt und der Swiss National COVID-19 Science Task Force, die den Bundesrat wissenschaftlich berät. «Es ist eine sehr, sehr interessante Zeit für mich», sagt Meier. «Meist hektisch, aber vor allem auch spannend.» Der Teamgeist ist ausserordentlich: «Jeder und jede von uns ist ein Puzzleteil, das seinen Beitrag zur Bewältigung der Krise beiträgt. Das gibt ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl.» Das BAG ist durch seine zentrale Rolle exponiert, doch Meier empfindet die Reaktionen der Bevölkerung auf die teilweise gravierenden, aber nötigen, Einschränkungen grösstenteils als positiv: «Wenn jemand Kritik äussert, ist das natürlich gut, dennoch habe ich das Gefühl, dass die Leute im Allgemeinen die angeordneten Massnahmen verstehen.»

Unterstützung für die Wirtschaft in Rekordzeit

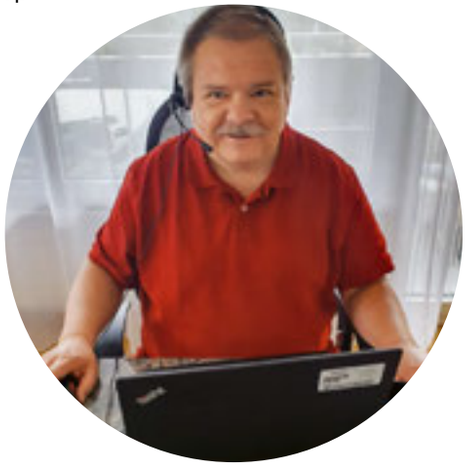
SECO
Jeremy-David Benjamin, Stv-Ressortleiter des juristischen Dienstes

Als am 4. März 2020 ein Vorgesetzter ins Büro von Jeremy-David Benjamin, Stv-Ressortleiter des juristischen Dienstes der Arbeitslosenversicherung beim **Seco,** marschierte, erschrak dieser zuerst. «Doch wir gingen in sein Büro und er sagte: ‹Wir müssen in den Krisenmodus gehen.›» Es ging darum, für das SECO eine Corona-Koordinationsstelle einzusetzen, wobei Benjamin die Führung übernehmen sollte. Am selben Tag hatte Benjamin seine erste High-Level-Krisensitzung. Es ging um nichts Geringeres als um substanzielle Unterstützungsmassnahmen für die Schweizer Wirtschaft.
«Was in den folgenden Wochen und Monaten abgelaufen ist, ist schlicht unglaublich», sagt Krisenmanager Benjamin. «Die Experten des SECO haben auf einem Niveau und in einem Tempo gearbeitet, das ich so noch nie gesehen habe.» Viele Projekte mussten quasi über Nacht aufgegleist werden. Eine Telefonhotline für Unternehmen innert drei Tagen auf die Beine stellen? Normalerweise schlicht undenkbar. So aber passiert. Seit dem 19. März beantworten Mitarbeiter des Seco Fragen von besorgten Unternehmen – anfangs bis zu 10 000 pro Tag.
«Das war nicht nur technisch eine Herausforderung, sondern auch inhaltlich. Wir benötigten fundierte Informationen um die Personen beraten zu können, die anrufen», so Benjamin. Innert kürzester Zeit wurden Mitarbeiter umgeschult, drei Schichten à 18 Leute beantworteten von morgens bis abends Fragen am Telefon. Flexibilität der Sonderklasse. «Wenn ich mir anschaue, wie wir es geschafft haben, all den besorgten Unternehmern und Privatpersonen zumindest etwas zu helfen, dann bin ich einfach stolz.»

Krisenbewältigung dank guter Vorbereitung

Bundesamt für Informatik
Rudolf Lüthi, Programm-Manager

«Noch vor sieben Jahren wäre das nicht möglich gewesen», sagt Rudolf Lüthi, Programm-Manager im **Bundesamt für Informatik und Telekommunikation**. Und meint damit die Umstellung von über 30 000 Bundesangestellten vom normalen Bürobetrieb ins Homeoffice, als sich die Corona-Krise zu verschärfen begann. «Natürlich brauchte es in der ersten Woche einen Effort», so Lüthi. Aber ohne die Grundlagen, die das BIT in den letzten Jahren im Rahmen des Programms UCC unter der Führung des ISB geschaffen hatte, wäre die Bundesverwaltung im März vor einem Problem gestanden. Lüthi, der das Programm des Leistungserbringers BIT geleitet hat, sagt: «Wir wollten mobiler werden, standortunabhängiger. Beispielsweise für den Fall, dass ein Bürogebäude z.B. durch einen Brand plötzlich nicht mehr genutzt werden kann». «Eine globale Pandemie hatten wir nicht im Hinterkopf.»



Durch das Coronavirus wurden die Arbeit und Prozesse nicht verlangsamt, sondern teilweise sogar effizienter. Ebenso die Zusammenarbeit mit anderen Ämtern. «Wir bekommen vermehrt Lob für unsere Arbeit, das ist schön», sagt Lüthi. Man achte allgemein mehr aufeinander, «Und auch mehr auf sich selber», bemerkt Lüthi. «Ich kann eine gewisse Entschleunigung in der Freizeit feststellen. Ich arbeite zwar jeden Tag eher länger als vor der Krise. Aber dafür entfallen täglich über zwei Stunden Arbeitsweg. Diese Effizienz gefällt mir.»

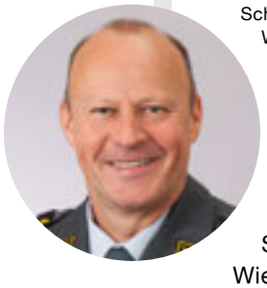
Mit Herzblut gegen die Corona-Krise

Eidgenössische Zollverwaltung
Thomas Zehnder, Chef Zoll Nordost

Die Corona-Krise verlangt auch der **Eidgenössischen Zollverwaltung** einiges ab. «Ich bin von einem Tag zum anderen vom Business- zum Krisenmanager geworden», sagt Thomas Zehnder, Chef Zoll Nordost. «So eine Grenzlage hatten wir seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.» Dazu kommen die hohen Erwartungen der Bevölkerung und der Politik: «Bürger waren verärgert, Lokalpolitiker verunsichert», so Zehnder. Die Anrufe häuften sich. Knapp 24 Stunden hatten Zehnder und seine Leute Zeit gehabt, um die Grenze zu schliessen. Eine Mammutaufgabe, die nur dank eines beispiellosen Efforts aller Mitarbeitenden lösbar war. Alleine im Kanton Schaffhausen gibt es 77 kleine und grössere Übergänge. «Zu Beginn mussten wir improvisieren. Unsere Bänder wurden abgerissen, die Tafeln einfach ignoriert. Bis wir mit Unterstützung des ASTRA Betonblöcke aufstellten.»

Berühmtheit erlangte der sogenannte Liebeszaun zwischen Kreuzlingen und Konstanz. «Der Ort hat sich innerhalb kürzester Zeit zu einem beliebten Treffpunkt für Liebespaare entwickelt», erzählt Zehnder. «So bekannt, dass Paare von überall herkamen, um sich dort zu treffen.»
Obwohl er mehr Stunden pro Tag arbeitet sagt Zehnder: «Wir helfen alle bei der Bewältigung einer Krise. Gefühlt geht die Zeit in so einer besonderen Situation noch schneller vorbei. Mit Herzblut zählen die effektiven Stunden nicht.»

Die Systeme funktionieren auch im Ernstfall



Schweizer Armee
Willy Brülisauer, Kommandant Territorialdivision 4

«Ich bin wirklich froh, dass wir keine Städte abriegeln mussten, wie die Chinesen in Wuhan. Stellen Sie sich vor: Zürich. Wie soll das gehen?», fragt Divisionär Willy Brülisauer, Kommandant Territorialdivision 4. Dass es soweit nicht kommen musste, ist der Weitsicht des Bundes zu verdanken. Und auch der Vorbereitung der **Schweizer Armee,** die alle vier bis fünf Jahre eine grosse Übung zu einer Katastrophe durchführt. «Wir waren auch deshalb gut vorbereitet», so Brülisauer, «Auch wenn die letzte grosse Übung 2019 eine Terrorismus-Bedrohung simulierte.» Die Schweizer Armee ging mit frisch getesteten Systemen in die erste Mobilmachung seit dem Zweiten Weltkrieg. Und dabei erkannt: Sie funktionieren auch im Ernstfall.

Erste Einrück-Befehle gingen am Abend des 16. März an die Soldaten. Am nächsten Morgen standen die Aufgebotenen um 09.00 Uhr bereit für den Dienst. «Das Ausland beneidet uns darum, wie reibungslos das abgelaufen ist», sagt Brülisauer. Seitdem unterstützen Angehörige der Armee Spitäler und den Grenzschutz subsidiär. 380 Gesuche gingen ein. «Wir waren da, als es uns brauchte», so Brülisauer. «Wir spüren eine grosse Dankbarkeit für unsere Arbeit. Die Armee hat in dieser schwierigen Zeit gezeigt, was sie kann.

Eine App für die ganze Welt, made in Switzerland

École Polytechnique Fédérale Lausanne
Alfredo Sanchez, Projektleiter

Von einem Moment auf den anderen ruhten die Hoffnungen der Welt auf der Schweiz. Nachdem das pan-europäische Contact-Tracing-Protokoll PEPP-PT scheiterte, musste es eine Lösung made in Switzerland richten. Die DP-3T-Applikation, entwickelt von EPFL, ETH, BIT und weiteren Partnern, weckte das Interesse anderer Nationen. «Österreich, Estland, Finnland, Deutschland, Italien, Portugal», zählt Projektleiter Alfredo Sanchez von der **École Polytechnique Fédérale Lausanne** einige auf. «Es ist unglaublich für ein kleines Land wie die Schweiz.» Ein kleines Land, das in Sachen Innovation und Technologie eben so klein nicht ist. Dass andere Länder von der Entwicklung profitieren können, ist für Sanchez selbstverständlich. «Unser Code ist im Internet einsehbar. Dass wir die App als Open Source entwickeln, ist wichtig», so Sanchez. Auch, um Transparenz zu schaffen.

«Natürlich kann ich die Debatte über den Datenschutz verstehen», sagt Sanchez. «Sie ist auch wichtig, wir brauchen diese Diskussion.» Und er stellt klar: «Wir wollen nicht wissen, wo die Leute waren. Das ist mit unserer App gar nicht nachvollziehbar. Es geht rein um die Nachverfolgung von Infektionsketten.»

Mitte März begann die Entwicklung. Sanchez' Team leistete über zwei Monate lang einen Sonder-Effort. «So eine spannende und motivierende Arbeit hatten wir noch nie, die Leute sind trotz des Drucks glücklich. Es ist wie bei einem Baby: Man kommt die ersten Wochen kaum zur Ruhe, aber wenn man es ansieht, hat man Sterne in den Augen.»

Die grösste Rückholaktion der Schweizer Geschichte

Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten

Als im März 2020 Länder in den Lockdown gingen, sassen Schweizerinnen und Schweizer auf der ganzen Welt von einem Tag auf den anderen plötzlich fest. Wer Ferien im Ausland bucht oder Verwandten einen Besuch abstattet, rechnet nicht damit, dass genau in dieser Zeit eine globale Pandemie ausbricht. Das **Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten** (EDA) reagierte umgehend. Zuerst rief es Schweizerinnen und Schweizer im Ausland dazu auf, heimzukehren. Als quasi über Nacht der globale Flugverkehr einbrach, startete die grösste Rückholaktion der Schweizer Geschichte.
Diese Rückholflüge wären ohne den unermüdlichen Einsatz des EDA nicht möglich gewesen. Schweizerinnen und Schweizer hielten sich teilweise an schwer zugänglichen, entlegenen Orten auf. Das EDA konnte und musste sein Vertretungsnetz von Botschaften und Konsulaten einsetzen und mit lokalen Behörden zusammenarbeiten. Denn unplanmässige Rückreisen bedeuten auch Personentransporte an den Flughafen, Passierscheine und Fluggenehmigungen, die ausgestellt werden wollen. Auf diese Weise repatriierte das EDA in Zusammenarbeit mit Schweizer Airlines rund 7000 Reisende innerhalb von nur einem Monat.

Mit Pragmatismus im Parlament

Parlamentsdienste
Katrin Marti, Sekretärin der Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben

Als die eidgenössischen Räte im Jahr 2006 letztmals extra muros, also ausserhalb des Bundeshauses tagten, hatte man zwei Jahre Zeit zur Vorbereitung. Für die Sondersession während der Coronakrise: einen guten Monat. «Es war auch für die **Parlamentsdienste** eine enorme Herausforderung», sagt Katrin Marti, Sekretärin der Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben und ab Ende März Projektleiterin «Parlamentsbetrieb während der Corona-Pandemie». Organisation und Aufbau mussten in Rekordzeit geschehen, aber auch die Durchführung war schwierig, nicht nur wegen der erhöhten Vorsichtsmassnahmen zum Schutze der Gesundheit. «Es gab viele Unberechenbarkeiten terminlicher Art», so Marti, «Es war viel Flexibilität nötig.»
Wie meistert man so eine historische Situation? «Mit viel Pragmatismus», sagt Marti. «Es herrschte eine Anpack-Stimmung. Wir von der Projektorganisation wurden ein eingeschworenes Team.» Klar, denn wenn die Zeit drängt, muss man sich umso mehr aufeinander verlassen können. «Es ist schon faszinierend, wie viel wir in kurzer Zeit geschafft haben», so Marti. «Wir waren gezwungen, effizienter zu arbeiten, vielleicht auch einmal nicht die Perfektion zu suchen. Dadurch wurden die Abläufe zwangsläufig besser. Wir haben gemerkt: Es geht. Und es geht sogar gut.»

Kostenübernahme und Datenschutz bei Homeoffice

Wegen den Einschränkungen im Zusammenhang mit dem Coronavirus sind die Mehrzahl der Angestellten momentan im Homeoffice tätig. In der Regel wird auch in der Bundesverwaltung die Arbeit vor Ort in den einzelnen Bundesämtern erbracht. Die Angestellten stellen dem Bund somit ihre private Infrastruktur zur Verfügung. Hier stellt sich nun die Frage der Übernahme der Kosten durch den Arbeitgeber. Zusätzlich stellt sich die Frage, wer für den Datenschutz in der veränderten Arbeitsumgebung verantwortlich ist.

Corinne Bachmann, lic.iur., Fürsprecherin, PVB

Kostenübernahme bei Homeoffice

Gemäss Art. 69 BPV werden die Angestellten mit den Arbeitsgeräten und dem Material ausgerüstet, die sie zur Ausführung der Arbeit benötigen. Bei der Verwendung vom privatem Material mit dem Einverständnis des Arbeitgebers kann dafür eine Vergütung ausgerichtet werden. Dasselbe gilt für das Homeoffice, wobei die Miete der für die Arbeit benutzten privaten Räumen nicht vergütet wird.

Die Departemente regeln die Einzelheiten der Vergütung in ihrem Bereich. Deshalb empfiehlt der PVB den Angestellten bei den Personalverantwortlichen nachzufragen, welche Vergütungen vorgesehen sind. Allerdings ist das Homeoffice während der Coronazeit eine zusätzliche Leistung der Angestellten, die vertraglich nicht geregelt ist. Aus Sicht des PVB soll diese Zusatzleistung angemessen und für alle Bundesangestellten nach den gleichen Grundsätzen vergütet werden.

Datenschutz im Homeoffice

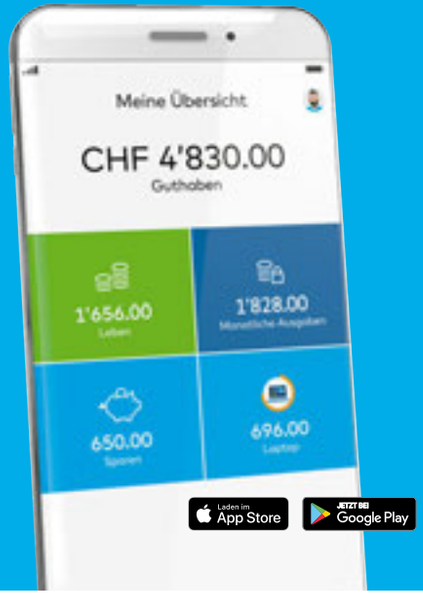
Auch hier gilt der Grundsatz, dass der Arbeitgeber den Angestellten die für die Arbeit benötigten Arbeitsmaterialien zur Verfügung stellt (Art. 69 BPV). Somit ist der Arbeitgeber auch verpflichtet die notwendigen Vorkehrungen bezüglich des Datenschutzes zu treffen. Private Geräte dürfen nur mit Zustimmung des Arbeitgebers verwendet werden. Somit ist es Sache des Arbeitgebers vor der Zustimmung zu prüfen, ob die privaten Geräte die Anforderungen an den Datenschutz erfüllen.

Falls die Angestellten private Geräte aufgrund des Datenschutzes aufrüsten müssen, geht der PVB davon aus, dass diese Anpassungen durch den Arbeitgeber installiert werden. Ist dies nicht möglich, so sind die Kosten vom Arbeitgeber zu tragen.

Der Datenschutz in der Bundesverwaltung ist somit Sache des jeweiligen Arbeitgebers. Der Arbeitnehmer haftet nicht für Sicherheitslücken, die aufgrund des Homeoffices entstehen könnten. Der Arbeitnehmer bleibt allerdings zur Wahrung des Berufs-, Geschäfts- und/oder Amtsgeheimnisses nach Art. 22 BPG verpflichtet. Diese Pflicht entspricht dem Umfang, der auch am regulären Arbeitsplatz gemäss Arbeitsvertrag gilt.

Banking, wo immer du bist.

Jetzt Konto eröffnen und profitieren! Code: PVBZAK



Zak ist eine einfache und übersichtliche App, mit der du deine Finanzen komplett im Griff hast. Unkompliziert und gratis.

Exklusiv für dich: Eröffne ein Zak-Konto und erhalte ein Startguthaben von 25 CHF und einen Gutschein von Microspot im Wert von 50 CHF geschenkt.

Mehr dazu unter cler.ch/zak-kooperationen

Zeit, über Geld zu reden.

Jetzt downloaden.

Bank Banque Banca CLER

Unsere Arbeit verdient gute Renten

Gabriela Medici, SGB-Zentralsekretärin

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll im Alter von seinem Renteneinkommen anständig leben können. Im Grundsatz stimmen die meisten Menschen dieser Aussage zu. Doch die Altersvorsorge steht vor grossen Herausforderungen und die Lage spitzt sich zu. Denn die Renten sinken – obwohl die Wirtschaft wächst.

© Yoshiko Kusano

Tiefe AHV-Renten und sinkende Leistungen der 2. Säule …

Gemäss Verfassung sollte die AHV-Rente «den Existenzbedarf angemessen decken». Doch nicht einmal die Maximalrente kommt mit monatlich 2370 Franken in die Nähe dieses von Volk und Ständen 1972, mit erdrückenden Mehrheiten, beschlossenen Anspruchs. Jedes zweite Renteneinkommen – aus 1. und 2. Säule – lag 2017 unter 3500 Franken. Die Rentensituation der Frauen ist besonders problematisch. Ein Drittel der Frauen erhält keine Rente aus der 2. Säule. Selbst wenn Frauen eine Pensionskasse haben, sind ihre PK-Renten durchschnittlich halb so hoch wie jene der Männer. Weil ihre Lebensläufe durch Erwerbsunterbrüche, Teilzeitarbeit und tiefere Löhne geprägt sind. Werden von den genannten, bescheidenen Rentenbeträgen die Kosten für Miete und Krankenkassenprämien abgezogen, wird rasch klar, dass da nicht viel zum Leben übrigbleibt. Fast jede zehnte Person benötigt direkt nach der Pensionierung Ergänzungsleistungen, weil die Rente nicht zum Leben reicht. Da ist die geforderte 13. Rente nicht nur schön, sie ist dringend nötig.

In der AHV erfolgte die letzte generelle Rentenerhöhung in den 70-er Jahren. Seither wurden die AHV-Renten zwar wie gesetzlich vorgesehen an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst. Dadurch blieb etwas mehr als ihre Kaufkraft erhalten, sie hinken den Löhnen aber hinterher. Zudem fressen die steigenden Krankenkassenprämien einen immer grösseren Teil der AHV-Rente auf, es bleibt immer weniger zum Leben. Nebst den Krankenkassenprämien belasten auch weitere Gesundheitskosten das Budget von Rentnerinnen und Rentnern stark – etwa Franchise, Selbstbehalt und die Zahnarzt-Rechnungen.

In der gleichen Zeitspanne wurde immer mehr in die zweite Säule einbezahlt. Trotzdem sinken die PK-Renten von Jahr zu Jahr. Immer mehr Versicherte stellen heute fest, dass sie in der 2. Säule mehr bezahlen müssen, um schliesslich doch weniger Rente zu erhalten. Ursache für die ständig schlechteren Renten der zweiten Säule sind die Probleme des Kapitaldeckungsverfahrens bei tiefen Zinsen auf den Kapitalmärkten. Wir sind deshalb in einer historisch noch nie dagewesenen Situation, dass die Wirtschaft in den letzten Jahren stetig gewachsen ist – aber die Altersvorsorge sich immer rasanter verschlechtert.

… sowie Angstmacherei und Privatisierung …

Getrieben von demografischen Szenarien mit zunehmend pensionierten «Babyboomern», relativ weniger Jungen und den angeblich für sie «untragbaren Lasten der Überalterung» scheint Sozialabbau alternativlos. Arbeitgeber, Banken und Versicherungen wollen uns weismachen, dass die AHV vor dem finanziellen Kollaps steht. Sie erhöhen damit ihren Druck auf Rentenkürzungen und Rentenaltererhöhungen stetig.

Tatsächlich stehlen sich Arbeitgeber mit der Forderung eines höheren Rentenalters aus der Verantwortung. Denn ältere Arbeitslose haben immer grössere Mühe, wieder eine Stelle zu finden. Gleichzeitig beträgt das sogenannt «ungenutzte Beschäftigungspotenzial» in der Schweiz rund 300 000 Vollzeitstel-

Eine 13. Monatsrente – keine neue Forderung

Auch andere europäische Länder kennen bzw. kannten 13. Monatsrenten (Ungarn, Griechenland), in Österreich und Portugal erfolgen jährlich sogar 14 Rentenauszahlungen. Auch Italien kennt 13 Monatsrenten sowie bis zu einer gesetzlich festgelegten Einkommensgrenze eine zusätzliche 14. Monatsrente («somma aggiuntiva»). Die Höhe dieser Leistung ist fix, abhängig von den geleisteten Beitragsjahren. In Dänemark wird armen RentnerInnen, die kaum über liquide Ersparnisse verfügen, einmal jährlich eine bedürftigkeitsabhängige Rentenleistung ausbezahlt. Diese ist etwas höher als eine Monatsrente. Für die Schweiz besonders interessant ist, dass auch in Liechtenstein im Jahr 1992 das sog. Weihnachtsgeld in der AHV eingeführt wurde. Zunächst in der Höhe einer zusätzlichen Zahlung von 25% zur Dezemberrente. 1994 wurde das Weihnachtsgeld auf 50% und 1998 auf 100% der Dezemberrente erhöht.

Auch in der Schweiz ist die Forderung nach einer 13. AHV-Rente nicht neu. Bereits der SGB-Kongress 2002 beschloss einen Ausbau der AHV in Richtung existenzsichernde Renten und als ersten Schritt dazu die Einführung einer 13. AHV-Rente. Nach dem Referendumssieg gegen die 11. AHV-Revision priorisierten die Gewerkschaften dann zunächst die Forderung einer sozialen Frühpensionierung. Im Rahmen der Vorbereitungen zu AHVplus war die Idee der Rentenverbesserung mittels einer 13. Monatsrente ebenfalls Ausgangspunkt vieler Überlegungen. Schliesslich gibt es auch in der 2. Säule Vorsorgeeinrichtungen, die je nach Verlauf eines Anlagejahrs reglementarisch die Auszahlung einer 13. Monatsrente (vgl. PK-Mobil) vorsehen. Verschiedentlich wird auch die immer wieder geforderte Wackelrente in der beruflichen Vorsorge verschönernd «13. Monatsrente» genannt. Diese Modelle sind aber nicht zu verwechseln mit dem durch das Initiativprojekt verfolgten jährlichen Zuschlag, auf welchen die RentnerInnen fix Anspruch haben sollen.

len, Frauen sind besonders betroffen. Gemäss Schätzungen würde sich der finanzielle Mehrbedarf der AHV bis 2045 fast halbieren, wenn diese Personen die Möglichkeit geboten würde, bis zum heute geltenden Rentenalter erwerbstätig zu bleiben. Doch Arbeitgeber, Banken und Versicherungen setzen anstatt auf die AHV lieber auf höhere Kosten der eigentlich subsidiären Bedarfsleistungen wie Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen – und darauf, möglichst viele Produkte der 3. Säule zu verkaufen. Denn damit machen sie Geld. An der AHV verdienen sie nichts. Im Gegenteil: Die Topverdiener in den Teppichetagen der Banken zahlen viel mehr in die AHV ein, als sie je an Rente erhalten werden. Nur in der AHV finanzieren sie und die Arbeitgeber die AHV-Renten der Malerin und des Verkäufers mit. Deshalb erhalten heute 92 Prozent aller Personen mehr AHV-Rente, als sie mit ihren Beiträgen einbezahlt haben. In der 3. Säule ist jede Person ganz auf sich alleine gestellt. Barbara Gysi, PVB-Präsidentin und Nationalrätin stellt sich vehement gegen die Versuche der Bürgerlichen im Parlament, die zusätzliche Steuerabzüge für Nachzahlungen in die 3. Säule verlangen. «Die 3. Säule ist in erster Linie ein Geschäft für Banken und Versicherungsinstitute. Wir wollen keine Privatisierung der Altersvorsorge. » Weil die Kosten für eine vergleichbare Rente in der Säule 3a fünf- bis zehnmal höher liegen wie bei der 13. AHV-Rente, sei diese Lösung auch für Junge besser, erwähnt Gysi.

Die Altersvorsorge am Scheideweg: eine 13. AHV-Rente für alle!

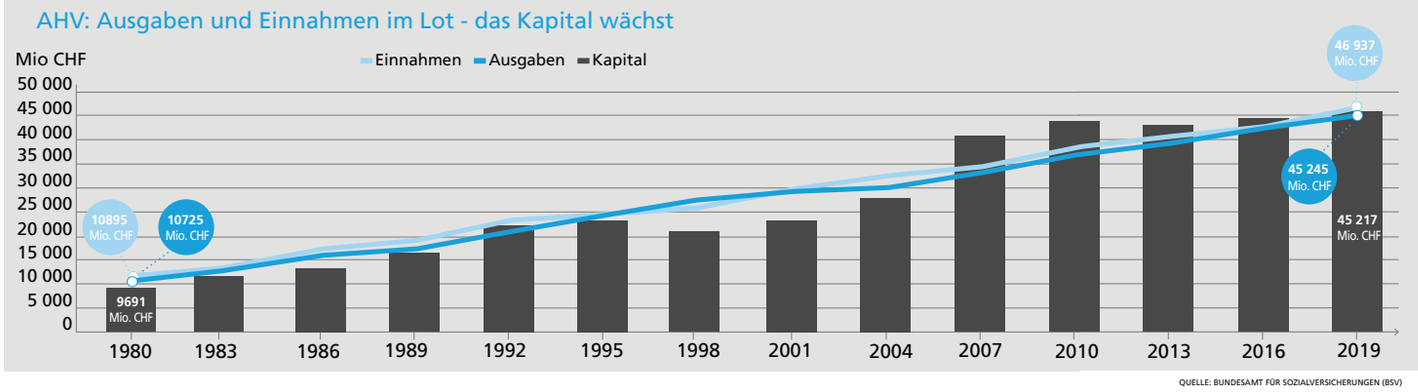
In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, ob die reiche Schweiz sich eine anständige, solidarische Altersvorsorge leistet oder ob sich die Banken und Versicherungen mit der von ihnen gewünschten Privatisierung der Altersvorsorge durchsetzen. Für den SGB ist klar: Die AHV ist das Herzstück der

«Keine Schulden auf Kosten künftiger Generationen»

«AHV-Einnahmen und –Ausgaben waren im 1980 ca. 9,6 Mia. Der AHV-Fonds hatte 1980 eine Reserve von ca. 9,5 Mia.

Im 2019 waren die AHV-Einnahmen und -Ausgaben ca. 45,6 Mia. (immer noch ausgeglichen) und der AHV-Fonds hat neu eine Reserve von CHF 46 Mia..

D.h.: Nicht nur die Ausgaben und Einnahmen steigen gleichmässig, auch die Reserven sind gleich stark gestiegen. Mit anderen Worten: Die AHV berücksichtig alle Generationen und macht nicht Schulden auf Kosten der künftigen Generationen.



QUELLE: BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN (BSV)

© Yoshiko Kusano

Schweizer Sozialwerke – die Verfassung und die Stimmbevölkerung haben ihr eine entsprechend herausragende Rolle übertragen. Es ist an der Zeit, dass wir ihren Verfassungsauftrag wieder ernst nehmen und die AHV stärken. Deshalb lancierte der SGB Anfang März eine Initiative für eine 13. AHV-Rente. Denn wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine gute Rente.

Die Initiative ist simpel, aber bestechend: Sie fordert eine weitere Auszahlung jener Rente, auf die man in der AHV Anspruch hat. So, wie es für viele einen 13. Monatslohn gibt. Auf eine monatliche Auszahlung gerechnet, bedeutet das eine Erhöhung der AHV-Renten um 8,33 Prozent. Aufgrund der ausgleichenden Eigenschaft der AHV profitieren die tiefen und mittleren Einkommen so am meisten. Für eine Familie, sagen wir einen Tramführer und eine Teilzeit arbeitende Coop-Verkäuferin mit einem Kind, ergibt die Initiative rund 300 Franken mehr Rente pro Monat. Die Initiative sieht ausserdem vor, dass auch EL-BezügerInnen von der 13. Monatsrente profitieren. Gerade die ärmsten Rentnerinnen und Rentner sollen eine Verbesserung spüren.

Die 13. AHV-Rente ist finanziell tragbar, sei es über eine Beteiligung der AHV an den Milliardengewinnen, welche die Schweizerische Nationalbank auch auf Kosten der Altersvorsorge generiert – sei es über das bewährte Finanzierungsmodell der AHV in dem eine 13. AHV-Rente, gemessen an den heutigen Zahlen für Arbeitnehmende 0.35% mehr AHV-Beiträge bedeuten würden. «Mit der 13. AHV-Rente wird die Solidarität gestärkt, insbesondere die Solidarität zwischen den Topverdienenden und den Menschen mit tieferen Löhnen», ist die PVB-Präsidentin Barbara Gysi überzeugt.

Die 13. AHV-Rente bringt den jetzigen Rentner und Rentnerinnen eine längst überfällige Erleichterung. Sie kann die steigenden Gesundheitskosten lindern – aber auch den in der 2. Säule fehlenden Teuerungsausgleich korrigieren (siehe den Brief von Bundesrat Ueli Maurer auf Seite 32). Die älteren Leute haben mit ihrem Einsatz für Wohlstand gesorgt. Jetzt müssen sie von ihrer Rente anständig leben können. Es ist nicht nur für die Betroffenen unwürdig, sondern auch in unserem Sozialversicherungssystem nicht angemessen, dieses zunehmende Rentenproblem über die Ergänzungsleistungen lösen zu wollen.

Die Erhöhung der AHV-Renten ist ausserdem der beste Weg, die unsägliche Situation der Frauen im Rentenalter umgehend zu verbessern. Janine Wicki, Generalsekretärin PVB, findet deshalb auch, «die 13. AHV-Rente ist ein wichtiger Schritt in Richtung mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern». Denn in der AHV sind alle versichert, egal ob sie Vollzeit, Teilzeit oder gar nicht erwerbstätig sind. Und die AHV ist die einzige Sozialversicherung, in der auch das Erziehen der Kinder und die Pflege von kranken und älteren Angehörigen als Arbeit anerkannt werden. Deshalb sind die Frauen- und Männerrenten der AHV etwa gleich hoch. Eine Erhöhung der AHV-Renten bringt damit die längst überfälligen, konkreten Fortschritte bei den Frauenrenten – und ist die richtige Antwort ein Jahr nach dem erfolgreichen Frauenstreik!

Der PVB arbeitet mit Glauser und Partner zusammen

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Mitglieder zum Thema Finanzplanung und Pensionierungsberatung. Viele Fragen zur Pensionierung können direkt von uns beantwortet werden. Für eine ausführliche Pensionsplanung jedoch empfehlen wir eine Beratung bei einer spezialisierten Institution. Der PVB ist froh mit Glauser und Partner einen Anbieter gefunden zu haben, dem Unabhängigkeit, Transparenz und Authentizität wichtige Werte sind.

Elias Toledo

Finanzielle Pensionsplanung richtig gemacht

Zukünftige Rentnerinnen und Rentner stellen sich vor dem Antritt der Pension eine zentrale Frage: Kann der bisherige Lebensstandard auch nach der Aufgabe der Erwerbstätigkeit aufrechterhalten werden? Die Antwort lautet: Eine ganzheitliche und vernetzte Planung schafft Klarheit und gibt Sicherheit.

Das Thema «gesicherte Altersvorsorge» belegt bei den Sorgenbarometern in der Schweiz konstant einen Spitzenplatz. Die Leistungsbereitschaft in der Willensnation Schweiz ist hoch. Gleichzeitig besteht der berechtigte Anspruch, auch nach der Erwerbsaufgabe über ausreichende finanzielle Mittel zu verfügen.

Die richtigen Fragen stellen

Bevor man den neuen Lebensabschnitt entspannt antreten kann, müssen viele Entscheide von grosser Tragweite gefällt werden. Eine Auswahl der wichtigsten Fragen:

- Wie bereite ich mich finanziell am besten auf die Pensionierung vor?
- Genügt das Einkommen nach der Pensionierung?
- Ist ein vorzeitiger Antritt des Ruhestandes finanziell verkraftbar?
- Kapital oder Rente aus der Publica – was ist für mich sinnvoll?
- Lohnt sich ein Vorbezug der AHV?
- Wie kann ich die Steuern optimieren?
- Wie weiter mit der Hypothek?
- Wie können wir uns als Ehepaar gegenseitig finanziell absichern?
- Mit welchen letztwilligen Verfügungen kann ich meinen Willen festhalten?
- Wann ist was zu unternehmen, damit ich keine Fristen verpasse?

Die Antworten auf diese Fragen sind immer abhängig von der individuellen Ausgangslage. Kollektive Patentrezepte gibt es nicht.

Ein realistisches Ausgabenbudget erstellen

Ein realitätsnahes Ausgabenbudget bildet die Basis für jede seröse Pensionsplanung. Dieses berücksichtigt auch die Veränderungen, die mit dem Übergang eintreten. Beim Erfassen bietet unsere bewährte Budgettabelle (siehe Kasten) eine wertvolle Hilfestellung. Im nächsten Schritt ist abzuklären, welche Leistungsansprüche in der ersten und zweiten Säule erworben wurden.

Vernetzte Betrachtung bringt Sicherheit

Seriöse Empfehlungen können nur durch eine vernetzte Betrachtung der individuellen Vorsorge-, Steuer- und Vermögenssituation erarbeitet werden. Sie bieten Gewähr für fundierte Entscheide, materielle Optimierungen und ein gutes Gefühl. Der Antritt der nachberuflichen Zukunft mit einer nachhaltigen Sicherheit und noch mehr Gelassenheit ist von hohem Wert. Echte zusätzliche Lebensqualität!

Roland Kuonen, eidg. dipl. Bankfachexperte und Finanzplaner mit eidg. Fachausweis, ist Partner bei der Glauser+Partner Vorsorge AG in Bern. Glauser+Partner ist offizieller Finanzratgeber vom PVB und berät deren Mitglieder in Vorsorge-, Steuer- und Vermögensfragen.
Mehr: www.glauserpartner.ch

Budgetrechner Glauser+Partner
Unsere bewährte Ausgabentabelle auf Excel-Basis finden Sie hier: www.glauserpartner.ch/budget
Sie bietet zwei wesentliche Vorteile: Erstens rechnet sie die Ausgaben automatisch nach Monat und Jahr zusammen. Zweitens ist sie als übersichtliche Checkliste aufgebaut. Damit ist sichergestellt, dass keine Ausgaben vergessen gehen.

Seminarbroschüre Glauser+Partner
Die jährlich aktualisierte Seminarbroschüre finden Sie hier: www.glauserpartner.ch/seminar

Broschüre 13 Prinzipien
Lust auf mehr? Unsere Broschüre «die 13 Prinzipien des intelligenten Investierens» finden Sie hier: www.glauserpartner.ch/13prinzipien

Übrigens: Als Mitglied erhalten Sie 10% Rabatt auf die Beratungskosten bei Glauser+Partner. Das Erstgespräch ist kostenlos und unverbindlich. Die Beratungsqualität wurde vom PVB getestet und für gut befunden.

Service public et 13e rente AVS

Le coronavirus nous a appris beaucoup de choses, mais il y a une leçon qui se démarque particulièrement: l'importance d'un État démocratique qui fonctionne et d'un bon service public.

La Confédération et son personnel fournissent actuellement un travail colossal. J'aimerais donc profiter de cet éditorial pour leur adresser un tout grand «merci». Dans ce numéro, nous vous emmenons au cœur de l'action avec un aperçu au sein de quelques services fédéraux.

À l'heure du coronavirus, la question de la protection de nos aîné-e-s est plus importante que jamais. Nous faisons tout ce qui est en notre pouvoir pour les préserver et adoptons les comportements recommandés par la Confédération — des comportements qui nous profitent à tous et qu'il est essentiel de maintenir, car ils nous permettent de sauver des vies.

Mais protéger les plus âgé-e-s signifie bien plus que simplement les mettre à l'abri des risques sanitaires. En effet, aucune tranche de la population ne dépend aussi fortement des prestations complémentaires que les retraité-e-s. Après avoir enregistré un recul jusqu'en 2013, la pauvreté des personnes âgées est à nouveau en augmentation. L'objectif fixé par notre Constitution de permettre à chacune et chacun de vivre ses vieux jours à l'abri du besoin n'est malheureusement pas atteint. Quiconque a travaillé toute sa vie et œuvré pour notre société devrait pouvoir vieillir sans avoir à s'inquiéter pour ses finances.

Le premier Congrès des retraité-e-s de l'APC, qui s'est tenu au mois de novembre 2019, nous a également montré toute l'importance d'un renforcement de l'AVS et d'une amélioration de la situation des rentières et rentiers au sein de notre association. La peur de ne plus parvenir à joindre les deux bouts y était palpable. Force est de constater que même du côté des anciens employé-e-s de la Confédération, de ses entreprises et du domaine des EPF, tout le monde ne dispose pas d'une rente suffisante ni n'est à l'abri de la baisse des prestations des caisses de pensions. Une fois à la retraite, les femmes touchent souvent peu — quand ce n'est pas rien — de la prévoyance professionnelle alors même qu'elles ont travaillé toute leur vie. Pour elles aussi, un renforcement de l'AVS est essentiel, même si la 13e rente ne reste qu'un premier pas. Cette mesure est également une bonne option pour les plus jeunes: s'ils devaient financer une somme équivalente par le biais du 3e pilier, il leur faudrait fournir une contribution cinq à dix fois plus élevée qu'avec l'AVS.

Le renforcement de l'AVS à l'aide d'une 13e rente est donc un projet important et un pas dans la bonne direction. Nous devons consolider et développer ce pan essentiel de notre prévoyance vieillesse et tenir tête à ceux qui tentent de l'affaiblir ou ne veulent plus assurer son financement. L'APC soutient cette initiative et encourage tous ses membres à faire de même, en la signant et en incitant leurs connaissances à suivre cet exemple. Merci!

Prenez bien soin de vous et de vos proches.

Barbara Gysi, Verbandspräsidentin

#VotreSecrétairegénérale

Pour une association forte, même et aussi à l'heure du coronavirus

Chères et chers membres de l'APC,

Depuis le 16 mars, le travail à domicile est devenu la norme pour beaucoup d'entre vous, comme pour toute l'équipe de l'APC. Durant cette période de confinement, notre association a reçu un très grand nombre de demandes et nous avons donc décidé de mettre en place une hotline spécialement dédiée au coronavirus afin de pouvoir vous répondre de manière aussi simple et rapide que possible. En service depuis le 17 mars, cette ligne téléphonique a été très prisée au cours des dernières semaines. Nous avons également regroupé les questions particulièrement pressantes ou importantes sur le sujet dans une rubrique FAQ. Celle-ci peut être consultée sur notre site web, où elle est régulièrement mise à jour.

Le télétravail peut être difficile, en particulier lorsque l'on doit aussi s'occuper d'enfants ou de proches. Même sans cela, travailler à distance avec très peu – voire pas du tout – de contacts sociaux est un défi. Le 1er mai dernier, nous avons donc décidé de lancer une enquête auprès de nos membres afin de nous faire une idée aussi réaliste que possible des différents risques et opportunités associés au travail à domicile. Celle-ci a bénéficié d'une participation impressionnante puisque plus de 1000 personnes y ont pris part en seulement 48 h. En tout, ce sont près de 3400 collaboratrices et collaborateurs qui ont répondu à notre sondage.

Le 25 mai, nous avons présenté nos résultats, accompagnés d'une liste de revendications concrètes, au responsable du personnel, le conseiller fédéral Ueli Maurer. Nous vous avons ensuite fourni un bref bilan de l'enquête et de notre échange avec le ministre des Finances dans le cadre d'une newsletter.

Peu à peu, la normalité reprend ses droits sur notre quotidien. Depuis le début juin, l'équipe de l'APC a repris le chemin du bureau en commençant à travailler – dans un premier temps par petits groupes – dans ses nouveaux locaux de la Wabernstrasse 40, à Berne.

Beaucoup de choses ont changé ces derniers temps. Mais en dépit de tous ces bouleversements, notre objectif principal, lui, est resté le même: nous voulons nous positionner en tant que partenaire fort et fiable pour le personnel de la Confédération.

En résumé: nous sommes là pour vous!

Janine Wicki, secrétaire générale de l'APC

Le service public au cœur des négociations salariales

Le 25 mai, les représentant-e-s des associations du personnel ont rencontré le conseiller fédéral Ueli Maurer pour la seconde ronde de négociations salariales de l'année. Les parties présentes ont toutes constaté que l'on fait face à un nouveau contexte et que la situation post-coronavirus est différente de celle qui prévalait encore en février dernier – sur le plan financier également. Elles ont aussi unanimement reconnu le rôle des innombrables employé-e-s fédéraux qui ont contribué avec un engagement sans faille à la gestion de la crise liée à la pandémie, démontrant une fois de plus toute l'importance d'un bon service public. Toutes sont d'avis que ces personnes méritent une reconnaissance. L'issue des négociations reste toutefois ouverte; la prochaine rencontre aura lieu le 26 novembre.

Les discussions ont également porté sur le passage au travail à domicile opéré durant la crise. À la fin avril, l'APC s'était plainte auprès du chef du DFF du fait que certaines unités administratives contraignent leurs collaborateurs et collaboratrices à accumuler les heures négatives ou à prendre des vacances lorsque leurs obligations familiales ne leur permettaient pas de respecter leur temps de travail quotidien. La directrice de l'OFPER a souligné que des efforts étaient faits pour tenter de trouver des solutions qui soient justes. À l'avenir, elle a invité les partenaires sociaux à signaler d les cas où des unités ne se conformeraient pas aux règles établies.

Premiers résultats de l'enquête sur le télétravail

L'APC a également présenté au chef du DFF les premiers résultats de son enquête sur le travail à domicile, qui regroupent déjà les réponses de plus de 3400 participant-e-s. La grande majorité des sondé-e-s ont vécu le télétravail comme une expérience positive et espèrent que leur employeur leur donnera la possibilité de travailler un à deux jours par semaine depuis chez eux à l'avenir.

Ce nouveau modèle soulève toutefois des questions, notamment en ce qui concerne la prise en charge des frais d'infrastructure ou encore la protection et la sécurité des données.

Le conseiller fédéral Ueli Maurer a expliqué que bien qu'il soit prévu, dans un premier temps, de permettre le retour progressif des employé-e-s sur leur lieu de travail, il sera par la suite important de tirer les leçons de nos récentes expériences avec le télétravail afin d'élaborer, en collaboration avec les partenaires sociaux, des concepts visant à déterminer comment ce mode de travail pourrait être mis en œuvre à l'avenir. L'APC veillera à intégrer les résultats détaillés de son enquête dans ces travaux.

Janine Wicki

La part de l'employeur au 2e pilier fait-elle partie du salaire garanti?

L'APC soutient le recours d'une membre devant le Tribunal fédéral

Que comprend exactement le salaire garanti en cas de réorganisation? Une membre de l'APC conteste la loi actuellement en vigueur dans l'administration fédérale. Elle estime que la part de l'employeur aux cotisations du 2e pilier fait partie intégrante du salaire acquis.

Aline (nom fictif) est très fâchée. Sa fonction a été réévaluée à la baisse lors d'une réorganisation dans son département. Elle sera désormais affectée dans la classe de salaire 22 au lieu de 24, pour le même travail. Lorsqu'on lui a communiqué sa nouvelle situation, elle l'a d'abord pris avec philosophie. Aline est âgée de plus de 55 ans et jusqu'à sa retraite, elle bénéficiera d'un salaire identique à celui qu'elle touche actuellement, ce qu'on appelle «le salaire acquis».

Quelle ne fut pas sa surprise lorsqu'on lui a dit qu'un déclassement en classe de salaire 22 aurait pour conséquence le versement, dans la caisse de pension Publica, de cotisations moins élevées de la part de l'employeur, parce que l'employée ne bénéficiera plus du plan cadre Publica avec des cotisations plus élevées de la part de l'employeur.

Aline ne comprend pas. Elle était certaine qu'une garantie de salaire inclut les cotisations du 2e pilier de l'employeur. Elle contacte l'APC qui lui affirme que ce n'est pas le cas, selon l'article 52a de l'Ordonnance du 3 juillet 2001 sur le personnel de la Confédération. Aline apprend que l'APC estime aussi la situation injuste: les cotisations du 2e pilier devraient faire partie intégrante du salaire.

L'APC lui demande alors si elle serait d'accord de faire recours auprès du Tribunal administratif fédéral, avec leur soutien financier. Aline accepte immédiatement, d'autant plus qu'elle connaît plusieurs autres collègues dans la même situation. En août 2018, le comité directeur décida du montant de soutien accordé et Aline prit immédiatement contact avec un avocat-conseil de l'APC pour rédiger le recours destiné au Tribunal administratif fédéral (TAF). La décision est tombée au mois d'avril 2020.

Son recours a été refusé. Le TAF l'a motivé en déclarant que leur décision était en accord avec les lois en vigueur. Aline ne s'est pas laissé démotiver: elle fera recours devant le Tribunal fédéral, avec le soutien de l'APC.

Luc Python

Engagement historique du personnel fédéral face à la pandémie de coronavirus

Depuis des mois maintenant, la pandémie de coronavirus retient le monde en otage – aucun domaine de la vie publique ou privée ne lui échappe. Cette situation met un poids particulier sur les États, qui tentent de préserver au mieux leurs citoyennes et citoyens. Face à la crise, la Suisse fait figure d'exemple dans tous les sens du terme, puisque ses modèles et solutions ont inspiré d'autres pays dans de nombreux secteurs. La clé de ce succès est la rapidité. Que ce soit aux frontières, dans la santé, l'armée ou sur le plan économique pour n'en citer que quelques uns, la Confédération est parvenue à présenter des solutions à la fois pertinentes, bien pensées et pragmatiques en un temps record.

Rien de tout cela n'aurait été possible sans les efforts historiques fournis par les employé-e-s fédéraux au cours des derniers mois. Dans ce reportage, huit femmes et hommes issus de différents secteurs de l'administration fédérale vous confient la manière dont ils ont vécu la crise, ce qui a changé dans leur quotidien professionnel et ce dont ils sont fiers.

Lucas Orellano, journaliste

Comme une pièce de puzzle pour maîtriser la crise

Office fédéral de la santé publique (OFSP)
Brigitte Meier

L'**Office fédéral de la santé publique** est une figure omniprésente de la crise actuelle. De fait, la lutte contre la pandémie relève directement de sa compétence. La santé de la population constitue une priorité absolue pour toutes les mesures prises à l'échelon fédéral et la préserver implique d'en apprendre davantage sur cette maladie jusqu'alors inconnue. Brigitte Meier, responsable de la section Recherche sur l'être humain de l'OFSP, est à la tête du groupe de travail dédié à la recherche durant cette pandémie. C'est donc elle qui fait le lien entre l'office fédéral et la Swiss National COVID-19 Science Task Force, qui assiste le Conseil fédéral sur les questions scientifiques. «C'est une période extrêmement intéressante pour moi», dit-elle. «Souvent intense, mais avant tout captivante.» L'esprit d'équipe est incroyable: «Chacune et chacun d'entre nous est comme une pièce de puzzle qui apporte sa contribution à la gestion de la crise. Il y a un fort sentiment d'unité.» Bien que l'OFSP soit particulièrement exposé du fait de son rôle central, pour Brigitte Meier, les réactions de la population aux restrictions parfois importantes mais nécessaires qui lui sont imposées restent, pour la plupart, positives: «Les éventuelles critiques sont bien sûr les bienvenues, mais j'ai le sentiment que, de manière générale, les gens comprennent bien les mesures mises en place.»

Soutien à l'économie en un temps record

Secrétariat d'Etat à l'économie (SECO)
Jeremy-David Benjamin, chef suppléant du Service juridique

En voyant son supérieur faire irruption dans son bureau le 4 mars 2020, Jeremy-David Benjamin, chef suppléant du Service juridique de l'assurance-chômage du **SECO,** a d'abord été alarmé. «Nous sommes allés dans son bureau et il m'a dit: «Nous devons passer en mode de crise.» Il s'agissait de mettre en place un organe de coordination dédié au coronavirus pour le SECO, dont Jeremy-David Benjamin prendrait la tête. Plus tard dans la journée, ce dernier participait à sa première réunion d'urgence, avec un objectif qui n'était pas des moindres: prendre des mesures substantielles pour soutenir l'économie suisse.

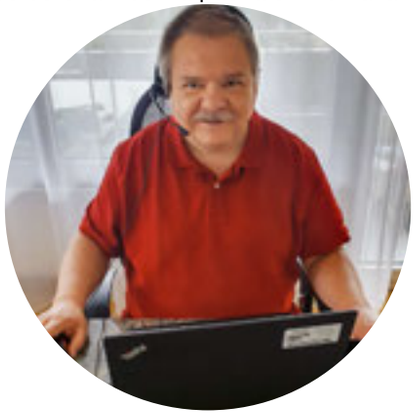
«Ce qui s'est passé au cours des semaines et mois qui ont suivi est tout simplement incroyable», explique Jeremy-David Benjamin, en charge de la gestion de la crise. «Les expert-e-s du SECO ont travaillé à un niveau et à un rythme que je n'avais encore jamais vus.» De nombreux projets ont dû être mis en route pratiquement du jour au lendemain. Créer une hotline pour les entreprises en l'espace de trois jours? Impensable en temps normal. Et pourtant, ils l'ont fait. Depuis le 19 mars, des employé-e-s du SECO répondent aux inquiétudes des entreprises – avec jusqu'à 10 000 appels par jour au début.

«C'était un défi, non seulement sur le plan technique, mais aussi sur le fond. Pour pouvoir conseiller les personnes qui nous appelaient, il nous fallait des informations de qualité», dit le responsable. Le SECO a rapidement formé ses collaboratrices et collaborateurs à leur nouvelle tâche et en un temps record, trois équipes de 18 personnes chacune étaient prêtes à répondre aux questions par téléphone du matin au soir. Une flexibilité tout à fait exceptionnelle. «Quand je pense à la manière dont nous sommes parvenus à aider – au moins en partie – toutes ces entreprises et ces particuliers inquiets, cela me rend fier.»

Bien préparés pour affronter la crise

Office fédéral de l'informatique et de la télécommunication (OFIT)
Rudolf Lüthi, programm manager

«Il y a encore sept ans, ça n'aurait pas été possible», déclare Rudolf Lüthi, *program manager* à l'**Office fédéral de l'informatique et de la télécommunication.** «Ça», c'est le passage au télétravail de plus de 30 000 collaboratrices et collaborateurs habituellement employés dans des bureaux, lorsque la crise du coronavirus a commencé à s'intensifier. «Bien sûr, cela a demandé des efforts la première semaine», dit-il. Mais sans les bases posées au cours des dernières années par l'OFIT et son programme UCC, sous la conduite de l'Unité de pilotage informatique de la Confédération, l'administration fédérale aurait été face à un problème en mars. Ruedi Lüthi qui a dirigé le programme du fournisseur de prestations de l'OFIT, explique: « Nous voulions devenir plus mobiles, moins dépendants de notre lieu de travail. Au cas où un immeuble avec des bureaux n'était soudainement plus utilisable, par exemple en raison d'un incendie. Nous n'avions pas à l'esprit une pandémie mondiale.»
L'arrivée du coronavirus n'a pas ralenti le travail et les



processus, mais les a rendus plus efficaces dans certains cas. Conclusion: ça fonctionne. Le constat est le même pour la collaboration avec les autres offices fédéraux. «On nous félicite davantage pour notre travail – ça fait plaisir», dit Rudolf Lüthi. De manière générale, les gens font plus attention les uns aux autres, «et aussi à eux-mêmes», note-t-il. «Je remarque que j'ai un peu plus de temps libre. J'ai peut-être tendance à travailler plus longtemps qu'avant, mais j'économise aussi plus de deux heures de trajet par jour. Cette efficacité me plaît.»

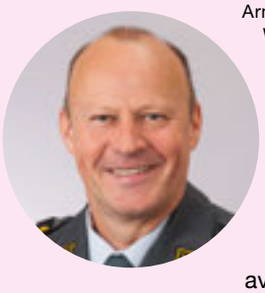
Engagés corps et âme contre le coronavirus

Administration fédérale des douanes
Thomas Zehnder, crisis manager

Dans l'**Administration fédérale des douanes** aussi, la crise liée au coronavirus a nécessité beaucoup d'engagement. «D'un jour à l'autre, je suis passé de business manager à crisis manager», explique Thomas Zehnder, chef de l'unité Douane Nord-est. «On n'avait pas connu une telle situation aux frontières depuis la Deuxième Guerre mondiale.» À cela s'ajoutent encore les attentes élevées des habitant-e-s et des politiques: «La population était mécontente, les politiciennes et politiciens locaux inquiets », dit-il. Le téléphone n'arrêtait pas de sonner.

Thomas Zehnder et ses équipes ont eu à peine 24 heures pour fermer les frontières. Une tâche titanesque qui n'a été possible que grâce aux efforts sans précédent de tous les collaborateurs et collaboratrices. Rien que dans le canton de Schaffhouse, on dénombre 77 points de passage – petits et grands. «Au début, nous avons dû improviser. Nos rubans étaient arrachés, les panneaux ignorés. Jusqu'à ce que nous installions des blocs de béton avec l'aide de l'OFROU.»
Une frontière entre les villes de Constance, en Allemagne, et de Kreuzlingen, en Suisse, a acquis le surnom de Liebeszaun – la barrière de l'amour. «Ce lieu est rapidement devenu un point de rencontre populaire parmi les couples », raconte le responsable. «Il est devenu si connu que les amoureux venaient de partout pour s'y retrouver.»
Malgré des journées plus longues, Thomas Zehnder est positif: « Nous contribuons toutes et tous à la gestion d'une crise. Dans ce genre de situation, le temps passe plus vite. Quand on y met tout son cœur, les heures travaillées ne comptent pas. »

Les dispositifs fonctionnent aussi en cas d'urgence



Armée suisse
Willy Brülisauer, divisionnaire

«Je suis vraiment heureux que nous n'ayons pas eu à boucler des villes entières, comme ça a été le cas à Wuhan, en Chine. Imaginez si l'on avait dû faire ça à Zurich. Comment aurions-nous fait?», s'interroge le divisionnaire Willy Brülisauer, commandant de la division territoriale 4. Si l'on n'a pas eu à en arriver là, c'est grâce à la clairvoyance du gouvernement fédéral, mais aussi grâce à la préparation de l'Armée suisse, qui réalise un grand exercice autour d'un scénario catastrophe tous les quatre à cinq ans. «C'est également ça qui nous a permis d'être bien préparés», explique-t-il, «même si le dernier grand exercice de 2019 simulait une menace terroriste». L'Armée suisse a donc vécu sa première mobilisation depuis la Seconde Guerre mondiale avec des dispositifs fraichement testés. Premier constat: ceux-ci fonctionnent aussi en cas d'urgence réelle.

Les premiers soldat-e-s ont été appelés à entrer en service le 16 mars au soir. Le lendemain matin, à 9h, ils étaient prêts. «Les autres pays nous envient la facilité avec laquelle cela s'est passé», dit le divisionnaire. Depuis, l'armée a apporté son soutien dans les hôpitaux et aux frontières. Elle a reçu 380 demandes. «Nous étions là quand on avait besoin de nous», estime Willy Brülisauer. «On sent que les gens nous sont reconnaissants pour notre travail. En ces temps difficiles, l'armée a montré de quoi elle était capable.»

Une application made in Switzerland pour le monde entier

École Polytechnique Fédérale de Lausanne
Alfredo Sanchez, chef de projet

Du jour au lendemain, le monde a reporté ses espoirs sur la Suisse. Après l'abandon du projet européen Pan-European Privacy-Preserving Proximity Tracing (PEPP-PT), il a fallu s'orienter vers une solution made in Switzerland. L'application DP-3T, développée par l'EPFL, l'EPFZ et l'OFIT en collaboration avec d'autres partenaires, a d'ores et déjà éveillé l'intérêt d'autres nations. «L'Autriche, l'Estonie, la Finlande, l'Allemagne, l'Italie, le Portugal …» énumère le chef de projet de l'**École Polytechnique Fédérale de Lausanne,** Alfredo Sanchez. «C'est incroyable pour un petit pays comme la Suisse.» Un pays qui n'est pas si petit quand il est question d'innovation et de technologie. Pour Alfredo Sanchez, il est logique de permettre à d'autres de profiter de cette invention. «Notre code est disponible sur Internet. Le développement open source est un aspect important de ce projet», explique-t-il. C'est également un moyen d'assurer la transparence. «Je peux bien sûr comprendre le débat autour de la protection des données», dit-il. «C'est une question importante et une discussion nécessaire.» Il souligne: «Nous ne voulons pas savoir qui était où. C'est inimaginable avec notre application. Il s'agit uniquement de retracer les chaînes d'infection.»

Le développement a commencé à la mi-mars. Durant deux mois, l'équipe d'Alfredo Sanchez a fourni des efforts exceptionnels. «Nous n'avions encore jamais eu un travail aussi excitant et motivant; les gens sont heureux malgré la pression. C'est comme avec un bébé: on a à peine le temps de se reposer les premières semaines, mais quand on regarde ce que l'on a créé, on a des étoiles dans les yeux.»

La plus grande opération de rapatriement de l'histoire suisse

Département fédéral des affaires étrangères (DFAE)

Alors que plusieurs pays entraient en phase de confinement en mars 2020, de nombreux Suisses et Suissesses se sont soudainement retrouvés bloqués dans le monde entier. Quand on réserve des vacances à l'étranger ou que l'on rend visite à de la famille, on ne s'attend généralement pas à ce qu'une pandémie mondiale éclate pile à ce moment. Le **Département fédéral des affaires étrangères** a réagi immédiatement. Il a d'abord appelé les personnes se trouvant à l'étranger à rentrer en Suisse. Puis, lorsque l'ensemble du trafic aérien s'est retrouvé suspendu pratiquement du jour au lendemain, il a lancé la plus grande opération de rapatriement de notre histoire.

Ces vols de rapatriement n'auraient pas été possibles sans l'engagement à toute épreuve du DFAE. Les personnes concernées se trouvaient parfois dans des régions reculées et difficiles d'accès. Le département a dû tirer parti de son réseau d'ambassades et de consulats et collaborer avec les autorités locales. En effet, tous ces retours non planifiés nécessitaient aussi l'obtention de moyens de transport pour amener les gens aux aéroports, de laissez-passer ou encore d'autorisations de vol. C'est ainsi que le DFAE, en collaboration avec les compagnies aériennes suisses, est parvenu à rapatrier près de 7000 voyageurs et voyageuses en l'espace d'un mois seulement.

Une session placée sous le signe du pragmatisme

Services du Parlement
Katrin Marti, secrétaire de la Commission de l'économie et des redevances

La dernière fois que l'Assemblée fédérale avait siégé extra-muros, en 2006, on avait eu deux ans pour s'y préparer. Pour cette session extraordinaire consacrée au coronavirus: un peu plus d'un mois seulement. «Pour les **Services du Parlement** aussi, c'était un immense défi», déclare Katrin Marti, secrétaire de la Commission de l'économie et des redevances et, depuis la fin mars, cheffe de projet en charge du fonctionnement du Parlement durant la pandémie. L'organisation et la préparation des lieux ont dû se faire en un temps record, mais ce n'était pas les seules difficultés: le déroulement de la session en lui-même constituait un défi – et pas uniquement à cause du renforcement des mesures sanitaires. «Il y avait beaucoup d'incertitudes au niveau du calendrier», explique la responsable, «il a fallu faire preuve d'une grande flexibilité».
Comment gère-t-on une situation historique comme celle-ci? «Avec beaucoup de pragmatisme», répond Katrin Marti. «On sentait une forte motivation. Le groupe en charge de l'organisation est devenu une équipe très soudée.» En effet, quand le temps presse, il est essentiel de pouvoir compter les uns sur les autres. «C'est fascinant de voir ce que nous avons accompli en si peu de temps», dit-elle. «Nous avons été forcés de travailler plus efficacement et peut-être aussi de moins chercher la perfection pour une fois. Cela a automatiquement conduit à une amélioration de nos processus. Nous avons constaté que non seulement cela fonctionne, mais en plus, cela fonctionne bien.»

Prise en charge des coûts et protection des données

Corinne Bachmann, Avocate, APC

En raison des restrictions liées au coronavirus, une grande partie des employé-e-s travaillent encore actuellement depuis leur domicile. D'ordinaire, le travail fourni au sein de l'administration fédérale est effectué sur place, dans les différents offices. Les collaboratrices et collaborateurs mettent donc leur infrastructure privée à la disposition de la Confédération, ce qui soulève non seulement la question de la prise en charge des coûts par l'employeur, mais aussi celle de savoir qui est responsable de la protection des données lorsque l'environnement de travail se retrouve ainsi modifié.

Prise en charge des coûts liés au travail à domicile

L'art. 69 de l'ordonnance sur le personnel de la Confédération (OPers) prévoit que les instruments de travail et le matériel dont le personnel a besoin pour exécuter son travail lui sont fournis. Selon ce même article, une indemnité peut être versée à l'employé si celui-ci utilise, après entente avec l'employeur, du matériel lui appartenant. Ces dispositions s'appliquent également en cas de travail à domicile, même si l'ordonnance précise toutefois qu'aucune indemnité n'est versée pour la location des locaux privés utilisés à cette fin.

Ce sont les départements qui fixent les modalités dans leur domaine d'activité. L'APC recommande donc aux employé-e-s de s'adresser aux responsables du personnel afin de savoir quelles sont les indemnités prévues. On notera néanmoins que le travail à domicile pendant la pandémie de coronavirus représente une prestation supplémentaire de la part du personnel, qui n'a pas été réglementée par un contrat. Du point de vue de l'APC, cette prestation devrait être compensée par une indemnité appropriée qui se baserait sur des principes uniformes pour tous les employé-e-s.

Protection des données lors du travail à domicile

Ici aussi, c'est le principe de l'art. 69 OPers selon lequel l'employeur fournit à son personnel le matériel dont il a besoin pour travailler qui s'applique. L'employeur est donc également tenu de prendre les précautions qui s'imposent afin de garantir la sécurité des données. Les appareils privés ne pouvant être utilisés qu'avec l'accord de l'employeur, c'est à ce dernier qu'il incombe de vérifier si les appareils en question répondent ou non aux exigences en matière de sécurité avant de donner son autorisation.

Si les collaboratrices et collaborateurs doivent mettre à niveau des appareils privés à des fins de protection des données, l'APC part du principe que ces ajustements sont installés par l'employeur. Si ceci n'est pas possible, celui-ci doit assumer les coûts qui en résultent.

Au sein de l'administration fédérale, la protection des données relève donc des différents employeurs. Les employé-e-s ne sont pas responsables des éventuelles failles de sécurité qui pourraient survenir en raison du télétravail. Ils restent toutefois soumis au secret professionnel, au secret d'affaires et au secret de fonction prévus par l'art. 22 de la loi sur le personnel de la Confédération (LPers). Cette obligation s'applique ici dans la même mesure que prévu dans le contrat de travail pour le lieu d'activité habituel.

La banque mobile, où que tu sois.

Ouvrir le compte maintenant et profiter! Code: PVBZAK

Zak est une appli simple et claire qui te permet de maîtriser parfaitement tes finances. Gratuitement.

En exclusivité pour toi: ouvre un compte Zak et reçois en cadeau un avoir initial de 25 CHF ainsi qu'un bon d'achat de Microspot d'une valeur de 50 CHF.

Plus d'infos sous cler.ch/zak-cooperations

Télécharger.

Il est temps de parler d'argent.

Bank Banque Banca CLER

Notre travail mérite de bonnes rentes

Gabriela Medici, secrétaire centrale de l'USS

Une personne qui a travaillé toute sa vie devrait pouvoir vivre décemment de sa rente. Si dans la théorie, ce principe met d'accord la plupart des gens, dans la pratique, la prévoyance vieillesse est confrontée à des défis majeurs. Déjà préoccupante, la situation continue de s'aggraver: en dépit de la croissance économique, le niveau des rentes, lui, ne cesse de baisser.

© Yoshiko Kusano

Des rentes AVS plus que modestes et des prestations du 2e pilier en baisse …

Selon la Constitution, «les rentes doivent couvrir les besoins vitaux de manière appropriée». Mais avec ses 2370 francs par mois, même la rente AVS maximale ne permet pas de se rapprocher de ce droit pourtant très largement plébiscité par le peuple et les cantons en 1972. En 2017, une personne à la retraite sur deux devait s'en sortir avec une rente de moins de 3500 francs – AVS et 2e pilier inclus. La situation des femmes est particulièrement problématique: un tiers d'entre elles ne reçoivent aucune rente du 2e pilier. Quant à celles assurées auprès d'une caisse de pension, elles doivent se contenter de rentes en moyenne moitié moins élevées que les hommes – la faute à un parcours professionnel marqué par des interruptions de carrière, du travail à temps partiel et des salaires plus bas. Si l'on déduit de ces rentes modestes les frais de loyer et de primes-maladie, on voit bien qu'il ne reste plus grand-chose pour vivre. Près d'une personne sur dix a besoin de prestations complémentaires dès son départ à la retraite, parce que sa rente ne lui permet pas de joindre les deux bouts. La 13e rente réclamée par l'initiative de l'USS n'est donc pas qu'une bonne idée: c'est une urgente nécessité.

La dernière augmentation générale des rentes AVS date des années 1970. Depuis, elles ont simplement été adaptées à l'évolution des salaires et des prix, comme le prévoit la loi. Même si cela a permis de maintenir leur pouvoir d'achat à un niveau légèrement supérieur, les rentes restent en retard sur les salaires. D'un autre côté, les primes d'assurance-maladie ne cessent de grimper, engloutissant une part toujours plus importante des rentes AVS et laissant chaque année un peu moins pour vivre. À cela s'ajoutent les nombreux autres frais médicaux tels que les franchises, quotes-parts et soins dentaires, qui grèvent encore davantage le budget des retraité-e-s.

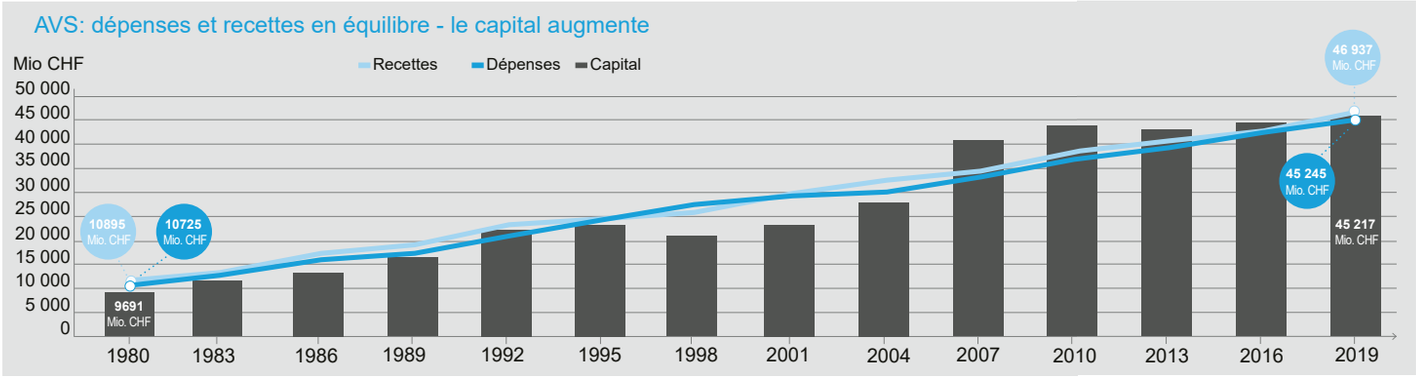
Dans le même temps, les rentes versées par les caisses de pensions baissent d'année en année, alors même que la participation des travailleuses et travailleurs actifs ne cesse d'augmenter. Les assuré-e-s sont toujours plus nombreux à constater qu'ils doivent cotiser davantage dans le 2e pilier pour toucher, au bout du compte, une rente plus faible. Cette mauvaise situation dans la LPP est due à son financement par capitalisation, qui souffre des taux bas sur les marchés financiers. Nous nous trouvons donc face à un paradoxe encore inédit où, bien que notre économie ait enregistré une croissance constante au cours des dernières années, la prévoyance vieillesse, elle, ne cesse de chuter.

… et une tendance à l'alarmisme et à la privatisation …

À en croire les scénarios démographiques mettant en scène, d'un côté, un nombre croissant de rentières et rentiers suite au départ à la retraite des «baby-boomers» et de l'autre, des jeunes relativement peu nombreux écrasés par le fardeau prétendument insupportable du vieillissement de la population, un démantèlement social semble inévitable. Le patronat, les banques et les compagnies d'assurances veulent nous faire croire que l'AVS est au

«Pas de dette au détriment des générations futures»

En 1980, les recettes et les dépenses de l'AVS s'élevaient à environ 9,6 milliards. En 1980, le fonds de l'AVS disposait d'une réserve d'environ 9,5 milliards. En 2019, les recettes et les dépenses de l'AVS s'élevaient à environ 45,6 milliards (toujours équilibré) et le fonds de l'AVS dispose désormais d'une réserve de 46 milliards de francs. Nous pouvons donc conclure que non seulement les dépenses et les recettes augmentent au même rythme, mais les réserves ont également augmenté au même rythme. En d'autres termes, l'AVS tient compte de toutes les générations et ne s'endette pas au détriment des générations futures.



SOURCE : OFFICE FÉDÉRAL DES ASSURANCES SOCIALES (OFAS)

bord du gouffre sur le plan financier. Ils augmentent donc constamment leur pression dans l'espoir d'obtenir des coupes dans les rentes et un relèvement de l'âge de la retraite.

En réalité, en appelant à une hausse de l'âge de la retraite, le patronat se soustrait à ses propres responsabilités. En effet, passé un certain âge, les demandeurs et demandeuses d'emploi ont toujours plus de peine à retrouver du travail. Le «potentiel d'emploi inutilisé» représente actuellement l'équivalent de 300 000 postes à plein temps en Suisse; les femmes sont particulièrement concernées. Les estimations indiquent pourtant qu'offrir à ces personnes la possibilité de rester actives jusqu'à l'âge de la retraite actuel permettrait quasiment de diviser par deux les besoins financiers supplémentaires de l'AVS jusqu'en 2045. Mais plutôt que de miser sur l'AVS, le patronat, les banques et les assurances préfèrent tabler sur les coûts élevés des prestations sous condition de ressources en principe subsidiaires telles que l'aide sociale et les prestations

© APC

L'APC a participé au lancement de l'initiative sur la Place fédérale le 5 mars dernier.

complémentaires et donc, sur la vente du plus grand nombre possible de produits du 3e pilier. C'est ainsi qu'ils font des bénéfices. L'AVS, elle, ne leur rapporte rien. Bien au contraire: avec leurs gros salaires, les cadres supérieurs des banques cotisent bien plus à l'AVS qu'ils ou elles ne toucheront jamais sous forme de rentes. L'AVS est l'unique pan de la prévoyance vieillesse où ces personnes contribuent, avec l'ensemble des employeurs et employeuses, au financement des rentes des peintres en bâtiment et des vendeurs et vendeuses. C'est pourquoi 92% des assuré-e-s reçoivent plus de l'AVS que ce qu'ils ou elles ont versé. Dans le 3e pilier en revanche, c'est chacun pour soi. La conseillère nationale Barbara Gysi, présidente de l'APC, s'oppose fermement aux appels à des déductions fiscales supplémentaires pour les rachats dans le 3e pilier lancés au sein du Parlement par le camp bourgeois: «Le 3e pilier est avant tout un moyen de faire des affaires pour les banques et les compagnies d'assurance. Nous ne voulons pas d'une privatisation de la prévoyance vieillesse.» Elle précise également que les coûts pour obtenir une rente comparable dans le pilier 3a seraient cinq à dix fois plus élevés que ceux nécessaires à la 13e rente AVS, et que, par conséquent, cette solution est aussi la plus avantageuse pour les jeunes.

La prévoyance vieillesse à la croisée des chemins: une 13e rente AVS pour tous!

Les années à venir nous diront si le pays prospère qu'est la Suisse décidera de s'offrir une prévoyance vieillesse décente et solidaire ou si les banques et assurances parviendront à imposer leur vœu de privatisation. Pour l'USS, cela ne fait aucun doute: l'AVS est la pièce maîtresse du système de sécurité sociale helvétique. Logiquement, la Constitution et le peuple lui ont accordé un rôle essentiel. Il est temps de prendre à nouveau au sérieux l'objectif qui lui a été assigné et de la renforcer. C'est pour cette raison que l'USS a lancé son initiative pour une 13e rente AVS au début mars. Quiconque a travaillé toute sa vie mérite une bonne rente.

L'initiative est simple, mais elle fait mouche: elle demande le versement d'une rente vieillesse supplémentaire du même montant que la rente AVS perçue chaque mois – comme le 13e salaire que touchent de nombreux travailleurs et travailleuses. Cela correspondrait à une augmentation des rentes de 8,33%. En raison du caractère redistributif de l'AVS, ce sont les bas et moyens revenus qui en profiteraient le plus. Dans le cas d'une famille composée d'un conducteur de tram et d'une vendeuse à temps partiel à la Coop avec un enfant, l'initiative représenterait près de 300 francs de plus par mois. Elle s'appliquerait d'ailleurs également aux bénéficiaires de prestations complémentaires, le but étant que les personnes les moins bien loties sentent une véritable amélioration.

D'un point de vue financier, l'idée d'une 13e rente est viable, que l'on décide de la concrétiser à l'aide des milliards de bénéfice engrangés par la Banque nationale suisse, parfois aux frais de la prévoyance vieillesse, ou uniquement à l'aide du mode de financement déjà éprouvé de l'AVS. Selon les chiffres actuels, cette seconde option nécessiterait une hausse des cotisations de 0,35% du côté des employé-e-s. La présidente de l'APC, Barbara Gysi, en est convaincue: «Avec une 13e rente AVS, la solidarité sera renforcée, en particulier celle entre gros salaires et petits revenus».

Cette 13e rente AVS offrira un répit bien mérité aux rentières et rentiers actuels. Elle peut non seulement atténuer les effets de la hausse des coûts de la santé, mais aussi pallier le manque de compensation du renchérissement dans le 2e pilier (voir à ce sujet la lettre du conseiller fédéral Ueli Maurer en page 32). La population âgée a apporté sa contribution à notre prospérité. Elle doit à présent pouvoir vivre décemment de ses rentes. Vouloir résoudre les problèmes croissants dans ce domaine par des prestations complémentaires n'est pas seulement indigne des personnes concernées, c'est aussi inadapté à notre système d'assurances sociales.

L'augmentation de l'AVS est également le meilleur moyen d'améliorer avec effet immédiat la situation catastrophique des femmes à la retraite. C'est pourquoi la secrétaire générale de l'APC, Janine Wicki, considère elle aussi l'initiative comme un pas important vers davantage de sécurité sociale et d'équité entre les sexes. En effet, l'AVS assure tout le monde, que l'on travaille à temps plein, à temps partiel ou même, pas du tout. C'est également la seule assurance sociale à reconnaître la garde des enfants et les soins aux proches malades ou âgés comme un travail, raison pour laquelle les rentes des femmes y atteignent des niveaux similaires à celles des hommes. Une hausse des rentes AVS constitue donc le progrès concret pour les retraitées que l'on attendait depuis longtemps. Un an après la grande grève des femmes, c'est la réponse qui s'impose

La 13e rente – une revendication qui n'a rien de nouveau

La 13e rente est déjà une réalité – ou l'a été – dans d'autres pays d'Europe tels que la Hongrie et la Grèce. En Autriche et au Portugal, ce sont même 14 rentes qui sont versées chaque année. L'Italie prévoit elle aussi 13 rentes mensuelles et, en dessous d'un certain seuil de revenu établi par la loi, une 14e rente appelée «somma aggiuntiva»; sa hauteur est fixe et dépend du nombre d'années de cotisation. Au Danemark, les retraité-e-s pauvres qui n'ont que très peu d'épargne bénéficient une fois par année d'une prestation sous condition de ressources légèrement supérieure au montant d'une rente mensuelle. Exemple particulièrement intéressant pour la Suisse: le Liechtenstein a lui aussi introduit une gratification de Noël dans son AVS en 1992. Celle-ci s'élevait d'abord à 25% de la rente du mois de décembre. Elle est ensuite passée à 50% en 1994, puis à 100% en 1998.

En Suisse non plus, la revendication d'une 13e rente AVS ne date pas d'hier. En 2002 déjà, le Congrès de l'USS en avait fait sa première mesure pour tenter de renforcer l'AVS et de faire un premier pas vers l'obtention de rentes qui permettent de couvrir les besoins vitaux. Après la victoire du référendum contre la 11e révision de l'AVS, les syndicats ont d'abord mis l'accent sur la lutte pour une retraite anticipée sociale, mais l'idée d'améliorer les revenus des aîné-e-s au moyen d'une 13e rente a aussi servi de point de départ à de nombreuses réflexions lors de la préparation de l'initiative «AVSplus».

On notera pour finir qu'il existe, dans le 2e pilier, des institutions de prévoyance dont le règlement prévoit l'éventuel versement d'une 13e rente mensuelle en fonction des résultats enregistrés par les placements durant l'année (cf. CP MOBIL). Le terme «13e rente» est aussi régulièrement utilisé pour rendre plus attrayantes les rentes flexibles que certains ne cessent de réclamer dans la prévoyance professionnelle. Il est important que ces modèles ne soient pas confondus avec le supplément annuel demandé par le projet d'initiative, auquel les retraité-e-s devraient avoir droit sur une base fixe.

7 questions à Florent Gerbex

Martine Currat-Joye

Florent Gerbex travaille à l'Agroscope de Changins en tant que collaborateur technique céréales dans le groupe de recherche « Variétés et techniques culturales ». Il habite à Arzier-le-Muids (VD).

Que faites-vous à l'Agroscope?
Je travaille dans le groupe de recherche «Variétés et techniques culturales». Je suis en charge de divers essais dans les domaines des céréales, patates douces, etc. Je collabore aussi dans plusieurs projets de recherche liés à différentes cultures. Concrètement, le but de notre groupe de recherche est de tester et expérimenter différentes variétés et techniques de production dans diverses cultures.

Qu'avez-vous fait avant de travailler à l'Agroscope?
Dès la fin de mon CFC d'agriculteur, j'ai travaillé et géré en partie deux domaines agricoles dans les cantons de Vaud et de Fribourg. En parallèle, je suivais aussi des cours de brevet fédéral agricole.

Quelle profession rêviez-vous d'exercer?
J'ai toujours été attiré par le monde de la science et de la nature, c'est pourquoi j'ai choisi le métier d'agriculteur.
Il est vrai, j'étais aussi attiré par deux autres domaines professionnels qui m'intéressaient tout autant: la médecine et l'architecture. L'agriculture a pris le dessus, certainement du fait qu'il y avait une exploitation agricole familiale.
Par la suite, je souhaite poursuivre des études en cours d'emploi pour obtenir un «Bachelor of Science» afin de devenir ingénieur agronome.

Votre premier salaire?
J'ai eu mon premier salaire au début de mon apprentissage d'agriculteur. C'était tout nouveau pour moi et je me réjouissais de pouvoir faire mes premiers achats, tout en épargnant pour de futurs projets.

Quelle est votre qualité première?
La persévérance. Malgré les difficultés de la vie personnelle/professionnelle, je fais toujours en sorte de trouver des solutions adéquates à chaque situation.

Cette mentalité m'a permis et me permettra de concrétiser de nombreux projets de vie.

Quels sont vos loisirs?
J'aime bien me promener dans la nature et surtout au bord des lacs. Je suis passionné de musique et de filmographie et j'aime bien l'histoire. Il y a quelques années, je faisais du tir à 10 m et à 300 m.

Comment êtes-vous devenu membre de l'APC?
Le caissier de la section de Nyon de l'APC m'a beaucoup parlé de l'association et des bienfaits qu'elle apportait. Après plusieurs discussions et mûre réflexion, j'ai décidé d'intégrer l'APC. Pour ma part, j'ai envie d'être actif au sein de l'association et d'apporter ma pierre à l'édifice.

Servizio publico e 13ª rendita AVS

Durante la crisi legata al coronavirus abbiamo affrontato e appreso molto. E una cosa è divenuta molto chiara: l'importanza di uno Stato democratico e ben funzionante con il suo servizio pubblico.

Il governo e anche il personale della Confederazione stanno svolgendo un lavoro enorme e vorrei cogliere l'occasione per esprimere loro i miei più sinceri ringraziamenti. In questo Magazine-e indichiamo come la situazione si sta evolvendo nei punti nevralgici. Una visione entusiasmante.

La protezione e il riconoscimento della popolazione anziana è una questione centrale, soprattutto in tempi di diffusione del coronavirus. Facciamo di tutto per proteggere le persone più a rischio e atteniamoci alle regole di condotta raccomandate dal governo federale. Regole di condotta che fondamentalmente proteggono tutti noi. Continuare ad osservarle è di grande importanza e salva delle vite.

Ma proteggere gli anziani significa molto di più che proteggerli dai rischi legati alla salute. Dopotutto, nessuna classe d'età dipende dalle prestazioni complementari come i pensionati. Anche la povertà degli anziani, che era diminuita fino al 2013, è tornata a crescere da allora. Purtroppo, non stiamo realizzando il nostro obiettivo costituzionale di una vecchiaia sicura. Chi ha lavorato una vita intera e ha fatto molto per la nostra società ha diritto a una pensione senza preoccupazioni finanziarie.

Quanto importante sia il rafforzamento dell'AVS e il miglioramento della situazione dei pensionati nell'APC ci è stato dimostrato anche dal Congresso dei pensionati, che si è tenuto per la prima volta nel novembre 2019. Il timore di non riuscire più a sbarcare il lunario era palpabile. Perché anche tra gli ex dipendenti della Confederazione, le aziende federali e il settore dei PF non tutti hanno una rendita adeguata e le prestazioni della cassa pensioni in calo si ripercuotono anche su di loro.

Molte donne percepiscono dalla previdenza professionale solo piccole pensioni o non ne percepiscono affatto, e questo anche se hanno lavorato per tutta la vita. Per loro il potenziamento dell'AVS è particolarmente importante, anche se la tredicesima rendita è già un discreto passo in avanti.

Ma la tredicesima rendita AVS va bene anche per i più giovani. Perché se avessero dovuto finanziare lo stesso importo attraverso il 3° pilastro, avrebbero dovuto finanziare contributi da 5 a 10 volte superiori a quelli dell'AVS.

Dobbiamo rafforzare e ampliare l'AVS e quindi confrontarci con tutti coloro che oggi indeboliscono il nostro più importante pilastro della previdenza per la vecchiaia e non vogliono più finanziarlo. L'APC sostiene questa iniziativa popolare e vi invitiamo, in qualità di nostri membri, a firmare l'iniziativa e a raccogliere le firme nella vostra cerchia di amici e conoscenti. Grazie mille.

Prendetevi cura di voi stessi e dei vostri prossimi.

Barbara Gysi, présidente de l'association

#Lasuasegretariagenerale

Un'associazione forte – anche in tempi di coronavirus

Dal 16 marzo in poi, l'home office per la maggior parte di voi e per tutto il nostro team è diventato una nuova realtà lavorativa. Durante questo difficile periodo di lockdown abbiamo ricevuto molte richieste. Per poter rispondere in modo semplice e diretto, il 17 marzo abbiamo istituito una hotline-coronavirus che è stata molto utilizzata nelle ultime settimane. Le domande più importanti e più urgenti relative al coronavirus sono state pubblicate anche sulla nostra home page alla voce Domande frequenti (FAQ) e vengono costantemente aggiornate.

Lavorare in telelavoro può essere molto impegnativo, soprattutto se si hanno responsabilità di assistenza allo stesso tempo. E anche indipendentemente da questo, lavorare a distanza, senza o con pochi contatti sociali, è una sfida. Per questo motivo, il 1º maggio abbiamo lanciato un sondaggio tra i soci, con l'obiettivo di ottenere dalla nostra base un quadro il più significativo possibile delle opportunità e dei rischi del lavoro a domicilio. La risposta è stata travolgente, nel giro di 48 ore abbiamo avuto più di 1000 partecipanti. Alla fine, un totale di 3400 funzionari ha partecipato al sondaggio.

Il 25 maggio abbiamo presentato i risultati del sondaggio, insieme a un elenco concreto di richieste, al consigliere federale Ueli Maurer, capo del personale dell'Amministrazione federale. Abbiamo già fornito informazioni in merito ai risultati del sondaggio e al confronto con il Ministro delle Finanze tramite newsletter.

Lentamente la nostra vita quotidiana comincia a tornare alla normalità. Dall'inizio di giugno, il Team APC lavora in loco nei nostri nuovi uffici di Wabernstrasse 40, inizialmente in gruppi.

Ma anche dopo il coronvirus e con una nuova sede, nulla è cambiato nel nostro obiettivo primario di essere per voi un partner forte e affidabile.

In questo senso, siamo qui per voi!

Janine Wicki, segretaria generale

Gli impiegati federali svolgono compiti che faranno parte della storia durante la pandemia di coronavirus

Da mesi la pandemia di coronavirus sta tenendo il mondo in pugno, colpendo ogni settore della vita pubblica e privata. Durante questo periodo, gli Stati che stanno cercando di manovrare indenni i loro cittadini attraverso la crisi sono particolarmente sollecitati. La risposta della Svizzera al virus corona è stata esemplare. Proverbialmente, perché in una grande varietà di settori un modello svizzero o una soluzione svizzera ha dimostrato di essere un riferimento per altri paesi. La velocità è stata la chiave del successo. Che sia al confine, nell'esercito, nell'economia o nell'informatica, per citarne solo alcuni: la Confederazione è riuscita a presentare soluzioni sensate, ben ponderate e pragmatiche in tempi record. Niente di tutto questo sarebbe stato possibile senza lo sforzo storico compiuto dai dipendenti federali negli ultimi mesi. Questo rapporto si concentra su persone provenienti da otto diverse aree della Confederazione: le loro esperienze con la crisi del coronavirus, quanto drasticamente sia cambiata la loro vita lavorativa quotidiana e di cosa sono orgogliosi.

Lucas Orenallo, giornalista

Un tassello nel puzzle della gestione delle crisi

Ufficio federale della sanità pubblica
Brigitte Meier,
capo della sezione Ricerca sugli esseri umani

L'**Ufficio federale della sanità pubblica** è onnipresente nella gestione della crisi del coronavirus. È chiaro che affrontare una pandemia rientra direttamente nelle sue competenze, e la salute delle persone è una priorità assoluta in tutte le misure federali. Per raggiungere questo obiettivo, sono costantemente necessarie nuove conoscenze sulla malattia precedentemente sconosciuta. Brigitte Meier, capo della sezione Ricerca sull'uomo dell'UFSP, dirige il gruppo di lavoro «Ricerca» durante la pandemia. Ed è di conseguenza l'interfaccia tra l'Ufficio e la task force scientifica nazionale svizzera COVID-19, che fornisce consulenza scientifica al Consiglio federale. «Questo è un momento molto, molto interessante per me», dice Meier. «Per lo più frenetico, ma soprattutto eccitante.»
Lo spirito di squadra è straordinario: «Ognuno di noi è un pezzo del puzzle che sta dando il suo contributo al superamento della crisi. Dà un forte senso di unione.» L'UFSP è esposto per il suo ruolo centrale, ma Meier ritiene che le reazioni del pubblico alle restrizioni, alcune delle quali gravi ma necessarie, siano in gran parte positive: «Se qualcuno esprime delle critiche, è ovviamente un bene, ma ho comunque l'impressione che in generale la gente capisca le misure ordinate.»

Con cuore e anima contro la crisi del coronavirus

Amministrazione federale delle dogane Thomas Zehnder, chef della Dogana Nord Est

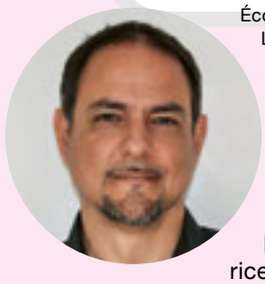
La crisi del coronavirus pone grandi sfide anche all'**Amministrazione federale delle dogane.** «Da un giorno all'altro sono passato dall'essere un business manager ad essere un crisis manager», dice Thomas Zehnder, responsabile della Dogana Nord Est. «Non abbiamo avuto una situazione di confine paragonabile a questa dalla seconda guerra mondiale.» A questo si aggiungono le grandi aspettative della popolazione e dei politici: «I cittadini erano arrabbiati, i politici locali erano insicuri», dice Zehnder. Le chiamate si sono accumulate.
Zehnder e i suoi uomini hanno avuto poco meno di 24 ore per chiudere il confine. Un compito mastodontico che poteva essere risolto solo grazie a uno sforzo senza precedenti da parte di tutti i dipendenti. Nel solo cantone di Sciaffusa ci sono 77 piccole e grandi valichi. «All'inizio abbiamo dovuto improvvisare. I nostri nastri sono stati strappati, le schede sono state semplicemente ignorate. Finché non abbiamo messo dei blocchi di cemento con l'aiuto di ASTRA.»
Il cosiddetto recinto d'amore tra Kreuzlingen e Costanza è diventato famoso. «Il luogo si è trasformato in un luogo d'incontro popolare per gli amanti in brevissimo tempo», dice Zehnder. «Così famoso che le coppie venivano da ogni dove per incontrarsi lì.» Sebbene lavori più ore al giorno rispetto al solito, Zehnder dice: «Tutti aiutiamo a superare una crisi. In una situazione così particolare, il tempo passa ancora più velocemente. Con cuore e anima le ore effettive non contano.»

I dispositivi funzionano anche in caso di emergenza

Esercito svizzero
Willy Brülisauer, Comandante della Divisione Territoriale 4

«Sono davvero contento che non abbiamo dovuto isolare città come hanno dovuto invece fare i cinesi con Wuhan. Immaginate se avessimo dovuto farlo ad esempio con Zurigo. In che modo avremmo potuto farlo?» si chiede il divisionario Willy Brülisauer, comandante della divisione territoriale 4. Il fatto che non si sia dovuto arrivare a questo è dovuto alla lungimiranza del governo federale, ma anche alla preparazione dell'Esercito svizzero, che ogni quattro o cinque anni conduce una grande esercitazione uno scenario di intervento in caso di catastrofe. «Eravamo ben preparati anche per questo motivo», ha detto Brülisauer, «anche se l'ultima grande esercitazione del 2019 in realtà ha simulato una minaccia terroristica». L'esercito svizzero ha sperimentato la prima mobilitazione dalla seconda guerra mondiale con sistemi appena testati. E si può prendere atto che funzionano anche in caso di emergenza.
Le prime chiamate in servizio sono state impartite ai soldati la sera del 16 marzo. La mattina dopo, alle 09.00, le truppe erano pronte per il lavoro. «I Paesi stranieri ci invidiano il modo in cui è andato tutto liscio», ha detto Brülisauer. Da quel momento, i membri dell'esercito forniscono un sostegno sussidiario agli ospedali e alla guardia di frontiera. Sono pervenute 380 domande. «C'eravamo quando c'era bisogno di noi», dice Brülisauer. «Proviamo una grande gratitudine della gente per il nostro lavoro. In questi tempi difficili l'esercito ha dimostrato cosa può fare.»

Un'app per tutto il mondo, made in Switzerland



École Polytechnique Fédérale di Losanna
Alfredo Sanchez, project manager

Da un momento all'altro, le speranze del mondo erano riposte nella Svizzera. Dopo il fallimento del protocollo paneuropeo di ricerca dei contatti PEPP-PT, è stato necessario mettere a punto una soluzione made in Switzerland. L'applicazione DP-3T, sviluppata da EPFL, ETH, UFIT ed altri partner, ha suscitato l'interesse di altre nazioni. "Austria, Estonia, Finlandia, Germania, Italia, Portogallo", dice il project manager Alfredo Sanchez dell'École Polytechnique Fédérale di Losanna, elencandone alcuni. "È incredibile per un paese piccolo come la Svizzera". Un paese piccolo che non è così piccolo quando si tratta di innovazione e tecnologia. Per Sanchez, è ovvio che altri paesi possono beneficiare di questo sviluppo. "Il nostro codice è disponibile su Internet. È importante sviluppare l'app come open source", dice Sanchez. Questo anche per garantire trasparenza.
"Certo che posso capire il dibattito sulla privacy", dice Sanchez. "È importante anche questo, abbiamo bisogno di questa discussione". E dice chiaramente: "Non vogliamo sapere dove sono state le persone. Con la nostra app non riusciamo a capirlo affatto. Si tratta di rintracciare le catene di infezione".
Lo sviluppo è iniziato a metà marzo. La squadra di Sanchez ha fatto uno sforzo speciale per oltre due mesi. "Non abbiamo mai avuto un lavoro così entusiasmante e motivante, la gente è felice nonostante la pressione. È come avere un bambino: puoi a malapena riposare per le prime settimane, ma poi quando lo guardi ne sei fiero e orgoglioso".

La più grande operazione di rimpatrio della storia della Svizzera

Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE)

Quando nel marzo del 2020 i Paesi sono entrati in lockdown, cittadini svizzeri sparsi in tutto il mondo si sono improvvisamente ritrovati bloccati dove si trovavano da un giorno all'altro. Chi prenota una vacanza all'estero o visita i parenti non si aspetta una pandemia globale proprio in quel momento. Il **Dipartimento federale degli affari esteri** ha reagito immediatamente. In primo luogo, ha invitato gli Svizzeri all'estero a tornare in patria. Quando il traffico aereo mondiale è crollato praticamente da un giorno all'altro, è iniziata la più grande campagna di rimpatrio della storia svizzera. Questi voli di rimpatrio non sarebbero stati possibili senza l'instancabile impegno del DFAE. Alcuni svizzeri si trovavano in luoghi remoti e di difficile accesso. Il DFAE poteva e doveva utilizzare la sua rete di ambasciate e consolati e collaborare con le autorità locali. Dopotutto, i viaggi di ritorno non pianificati comportano anche l'organizzazione del trasporto delle persone fino all'aeroporto e la gestione delle pratiche con passaporti e permessi di volo che devono essere rilasciati. In questo modo il DFAE, in collaborazione con le compagnie aeree svizzere, ha rimpatriato circa 7000 viaggiatori in un solo mese.

In Parlamento con pragmatismo

Servizi del Parlamento
Katrin Marti, segretaria della Commissione per l'economia e la fiscalità

Quando nel 2006 l'Assemblea federale si è riunita per l'ultima volta extra-muros, cioè fuori dal Palazzo federale, ha avuto due anni per prepararsi. Per la sessione speciale durante la crisi del coronavirus a malapena un mese. «È stata una sfida enorme anche per i **servizi del Parlamento**», dice Katrin Marti, segretaria della Commissione per l'economia e la fiscalità e, dalla fine di marzo, responsabile del progetto «Operazioni parlamentari durante la pandemia del coronavirus.» L'organizzazione e l'allestimento dovevano essere effettuati in tempi record, ma anche la loro attuazione è stata difficile, non solo a causa delle maggiori precauzioni per proteggere la salute. «Ci sono state molte scadenze imprevedibili», dice Marti, «è stata necessaria una grande flessibilità.» Come si fa a padroneggiare una situazione così epocale? «Con molto pragmatismo», dice Marti. «Permeava un'atmosfera di confusione. Noi dell'organizzazione del progetto siamo diventati una squadra affiatata.» Certo, perché quando il tempo a disposizione è poco, bisogna poter contare sempre di più l'uno sull'altro. «È straordinario quanto abbiamo realizzato in così poco tempo», dice Marti. «Siamo stati costretti a lavorare in modo più efficiente, forse per una volta non cercando la perfezione. Ciò ha portato inevitabilmente a processi migliori. E abbiamo notato che funziona. E funziona anche bene.»

Il nostro lavoro ci fa ottenere una buona rendita

Gabriela Medici, segretaria centrale dell'USS

Le persone che hanno lavorato tutta la vita dovrebbero poter vivere dignitosamente in vecchiaia con il loro reddito da pensionato. In linea di principio la maggior parte delle persone è d'accordo con questa affermazione. Tuttavia, la previdenza per la vecchiaia si trova ad affrontare grandi sfide e la situazione sta precipitando. Perché le pensioni sono in calo – anche se l'economia è in crescita.

© PVB-APC

Rendite AVS modeste e prestazioni del 2° pilastro in calo…

Secondo la Costituzione, le rendite AVS devono «coprire adeguatamente le esigenze di sussistenza». Tuttavia, nemmeno la rendita massima, pari a 2370 franchi al mese, si avvicina a questa pretesa, decisa dal popolo e dai Cantoni con una maggioranza schiacciante nel 1972. Nel 2017, un reddito pensionistico su due - sommando le rendite del 1° e del 2° pilastro - era inferiore a 3500 franchi. In particolare, la situazione pensionistica delle donne è quantomeno problematica. Un terzo delle donne non riceve una pensione dal 2° pilastro. E anche se le donne hanno un fondo pensione, le loro rendite derivate dalla CP sono in media la metà di quelle degli uomini. Perché il loro curriculum è caratterizzato da interruzioni di carriera, lavoro part-time e salari più bassi. Se i costi dell'affitto e dei premi dell'assicurazione sanitaria vengono detratti dai modesti importi della pensione sopra menzionati, diventa subito chiaro che non c'è più molto con cui vivere. Quasi una persona su dieci ha bisogno di prestazioni supplementari subito dopo il pensionamento, perché la rendita non è sufficiente per vivere. Quindi la tredicesima rendita richiesta non è solo bella, ma è urgentemente necessaria.

Per quanto riguarda l'AVS, l'ultimo aumento generale della rendita è avvenuto negli anni Settanta. Da allora, le rendite AVS sono state adeguate all'evoluzione dei salari e dei prezzi come previsto dalla legge. Di conseguenza, è stato mantenuto un po' più del loro potere d'acquisto, ma sono rimasti indietro con rispetto ai salari. Inoltre, l'aumento dei premi dell'assicurazione malattia sta divorando una parte sempre più consistente della rendita AVS, lasciando sempre meno spazio alla vita. Oltre ai premi dell'assicurazione sanitaria, anche altre spese mediche – come le franchigie, le quote a carico dell'assicurato e le fatture del dentista – gravano pesantemente sul bilancio dei pensionati.

Nello stesso periodo, sempre di più è stato versato nel secondo pilastro. Ciononostante, le rendite delle casse pensione diminuiscono di anno in anno. Oggi, sempre più persone assicurate si trovano a dover pagare di più nel secondo pilastro per ricevere alla fine una rendita inferiore. La ragione del costante deterioramento delle pensioni del secondo pilastro è da ricercarsi nei problemi del sistema di copertura del capitale quando i tassi d'interesse sono bassi sui mercati dei capitali. Ci troviamo quindi in una situazione storicamente senza precedenti in cui l'economia è cresciuta costantemente negli ultimi anni – ma la previdenza per la vecchiaia si sta deteriorando ad un ritmo sempre più rapido.

… così come l'allarmismo e la privatizzazione

Spinti da scenari demografici con un numero crescente di «baby boomers» in pensione, un numero relativamente minore di giovani e il presunto «peso insopportabile dell'invecchiamento», non sembra esserci alternativa alla regressione sociale. Datori di lavoro, banche e assicurazioni vogliono farci credere che l'AVS sia sull'orlo del collasso finanziario. Aumentano così costantemente la loro pressione per i tagli alle pensioni e l'aumento dell'età pensionabile.

In realtà, i datori di lavoro si sottraggono alle loro responsabilità chiedendo un'età pensionabile più elevata. Dopo tutto, i disoccupati anziani hanno sempre più difficoltà a ritrovare un lavoro. Al tempo stesso, il cosiddetto «potenziale occupazionale inutilizzato in Svizzera ammonta a circa 300 000 posti di lavoro a tempo pieno e le donne sono particolarmente colpite. Secondo le stime, il fabbisogno finanziario supplementare dell'AVS sarebbe quasi dimezzato entro il 2045 se a queste persone venisse offerta la possibilità di continuare a lavorare fino all'attuale età pensionabile. Tuttavia, invece di fare affidamento sull'AVS, i datori di lavoro, le banche e le assicurazioni preferiscono

concentrarsi sui costi più elevati delle prestazioni sussidiarie non effettivamente necessarie, come l'assistenza sociale e le prestazioni complementari – e sulla vendita del maggior numero possibile di prodotti del 3° pilastro. Perché è così che fanno i soldi. Non guadagnano nulla dall'AVS. Al contrario: i redditi più alti nelle stanze dei bottoni delle banche pagano all'AVS molto di più di quanto riceveranno mai nella pensione. Solo nell'AVS loro e i loro datori di lavoro cofinanziano le rendite AVS del verniciatore e del venditore. Per questo motivo, oggi il 92% delle persone percepisce una rendita AVS superiore a quella versata con i contributi. Nel 3° pilastro, ogni persona è completamente sola. Barbara Gysi, presidente dell'APC e consigliere nazionale, si oppone con veemenza ai tentativi della classe media in parlamento di chiedere ulteriori detrazioni fiscali per i pagamenti retroattivi al 3° pilastro. «Il 3° pilastro è principalmente un'attività per le banche e le assicurazioni. Non vogliamo la privatizzazione dei regimi pensionistici.» Poiché i costi per una rendita paragonabile nel pilastro 3a sono da cinque a dieci volte superiori a quelli della 13a rendita AVS, questa soluzione è migliore anche per i giovani, dichiara Gysi.

La previdenza per la vecchiaia è a un bivio: una 13ª rendita AVS per tutti!

Nei prossimi anni si deciderà se la ricca Svizzera potrà permettersi una pensione dignitosa e solidale o se le banche e le assicurazioni prevarranno con la privatizzazione della pensione a cui stanno puntando. Per l'USS una cosa è chiara: l'AVS è il cuore del sistema di previdenza sociale svizzero – la Costituzione e gli elettori le hanno assegnato un ruolo di grande rilievo. È giunto il momento di prendere nuovamente sul serio il suo mandato costituzionale e di rafforzare l'AVS. Per questo motivo, all'inizio di marzo l'USS ha lanciato un'iniziativa per una tredicesima rendita AVS. Perché chi ha lavorato tutta la vita merita una buona pensione.

L'iniziativa è semplice, ma di grande effetto: richiede un ulteriore versamento della rendita a cui le persone hanno diritto ai sensi dell'AVS. Così come c'è un tredicesimo mese di stipendio per molti. Calcolato su un pagamento mensile, ciò significa un aumento delle rendite AVS dell'8,33 percento. Grazie alla natura compensativa dell'AVS, i redditi bassi e medi ne beneficerebbero maggiormente. Per una famiglia, ad esempio un autista di tram e una commessa Coop a tempo parziale con un figlio, l'iniziativa si traduce in una rendita aggiuntiva di circa 300 Fr. al mese. L'iniziativa prevede inoltre che i beneficiari di prestazioni complementari possano beneficiare della tredicesima rendita mensile. Soprattutto i pensionati più poveri dovrebbero percepire un miglioramento.

La tredicesima rendita AVS è finanziariamente sostenibile, sia attraverso la partecipazione dell'AVS ai miliardi di utili della Banca nazionale svizzera, anche a scapito della previdenza per la vecchiaia, sia attraverso il collaudato modello di finanziamento dell'AVS, in cui una tredicesima rendita AVS significherebbe lo 0,35% in più di contributi AVS per i dipendenti, misurati rispetto ai dati attuali. «La tredicesima rendita AVS rafforzerà la solidarietà, in particolare la solidarietà tra i redditi più alti e le persone con salari più bassi», ne è convinta la presidentessa dell'APC Barbara Gysi.

La 13ª rendita AVS porterebbe un sollievo atteso da tempo ai pensionati attuali. Può alleviare i costi sanitari in aumento – ma anche correggere la mancanza di compensazione dell'inflazione nel secondo pilastro (vedi la lettera del Consigliere federale Ueli Maurer sulla pagina 32). Gli anziani hanno creato prosperità grazie ai loro sforzi. Ora devono poter vivere dignitosamente con la loro pensione. Non è solo indegno per le persone interessate, ma anche inopportuno nel nostro sistema di previdenza sociale, cercare di risolvere questo crescente problema pensionistico attraverso prestazioni complementari.

L'aumento delle rendite AVS è anche il modo migliore per migliorare immediatamente l'indicibile situazione delle donne in età pensionabile. Janine Wicki, segretaria generale dell'APC, ritiene quindi che «la 13ª pensione AVS sia un passo importante verso una maggiore sicurezza sociale e una maggiore giustizia tra i sessi». In fin dei conti, tutti sono assicurati presso l'AVS, indipendentemente dal fatto che lavorino a tempo pieno, a tempo parziale o non lavorino affatto. E l'AVS è l'unica assicurazione sociale che riconosce come lavoro anche l'educazione dei figli e la cura dei parenti malati ed anziani. Per questo motivo le rendite AVS per donne e uomini sono più o meno uguali. Un aumento delle rendite AVS porta così i progressi concreti e attesi da tempo nella previdenza per le donne – ed è la risposta giusta un anno dopo il successo dello sciopero delle donne!

Una rendita con una 13. mensilità – nessuna nuova rivendicazione

Anche altri paesi europei conoscono o hanno conosciuto 13 pensioni mensili (Ungheria, Grecia), in Austria e Portogallo anche 14 pensioni vengono pagate annualmente. Anche l'Italia applica 13 pensioni mensili e, fino a un limite di reddito stabilito dalla legge, una pensione aggiuntiva di 14 mesi («somma aggiuntiva»). L'importo di questa prestazione è fisso, a seconda degli anni di contribuzione versati. In Danimarca, una volta all'anno viene versata una prestazione pensionistica soggetta a verifica dei mezzi ai pensionati poveri che non hanno quasi nessun risparmio in liquidità. Si tratta di un importo leggermente superiore a quello di una pensione mensile. Di particolare interesse per la Svizzera è il fatto che anche nel Liechtenstein, nel 1992, è stato introdotto nell'AVS il cosiddetto bonus natalizio. Inizialmente nella misura di un versamento supplementare del 25% alla rendita di dicembre. Nel 1994 la gratifica natalizia è stata aumentata al 50% della pensione di dicembre e nel 1998 al 100%.

La richiesta di una tredicesima rendita AVS non è una novità nemmeno in Svizzera. Il congresso del 2002 dell'USS ha già deciso di ampliare l'AVS quale pensione che possa garantire il sostentamento e, come primo passo in tal senso, di introdurre una 13ª pensione AVS. Dopo la vittoria del referendum contro l'undicesima revisione dell'AVS, i sindacati hanno inizialmente dato la priorità alla richiesta di un pensionamento sociale anticipato. Nell'ambito dei preparativi per l'AVSplus, l'idea di migliorare le rendite con una rendita di 13 mesi è stata anche il punto di partenza di molte ulteriori considerazioni.

In conclusione, esistono anche piani pensionistici del 2° pilastro che, a seconda dell'andamento di un anno d'investimento, prevedono il pagamento di una tredicesima rendita mensile (cfr. CP Mobil). La rendita senza salario, spesso richiesta nella previdenza professionale, viene talvolta definita anche «redicesima rendita mensile». Tuttavia, questi modelli non devono essere confusi con il supplemento annuale perseguito dal progetto d'iniziativa, al quale i pensionati dovrebbero avere un diritto in maniera determinata.

Resolution für gerechte und sichere Renten!

Die Antwort von Bundesrat Ueli Maurer

Der Pensioniertenkongress des PVB's 2019 verabschiedete eine Resolution, die an Bundesrat Ueli Maurer gerichtet war (siehe unsere Ausgabe des Magazins 1/2020). Hier ist seine Antwort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Frau Generalsekretärin

ln der Resolution des PVB-Pensioniertenkongresses für gerechte und sichere Renten fordern Sie als Sofortmassnahme eine einmalige Zulage im Umfang von 750 Franken für alle Rentnerinnen und Rentner bei PUBLICA als teilweise Kompensation für den erlittenen Kaufkraftverlust. Weiter soll die Teuerung auf den Renten längerfristig wieder ganz oder teilweise kompensiert werden.

Die Forderungen können nicht isoliert betrachtet, sondern müssen im Kontext der bestehenden Solidaritäten in der beruflichen Vorsorge beurteilt werden. Bei den Vorbereitungsarbeiten zum Primatwechsel im Jahr 2008 stellte der externe Pensionskassenexperte fest, dass die Renten bei PUBLICA strukturell um durchschnittlich 5,0 Prozent unterfinanziert sind. Ein Teuerungsausgleich auf den Renten sollte deshalb erst dann wieder in Betracht gezogen werden, wenn die aufgelaufene Teuerung 5,0 Prozent übersteigt. Nach dem Landesindex der Konsumentenpreise (LlK) beträgt die aufgelaufene Teuerung seit der letzten Anpassung der Renten im Jahr 2004 bis Ende 201 9 4,2 Prozent. Ein Teuerungsausgleich auf den Renten drängt sich somit allein schon aus diesem Umstand nicht auf.

Weiter muss berücksichtigt werden, dass durch die seit 2008 höhere Vezinsung der Rentenkapitalien, verglichen mit der Verzinsung der Altersguthaben der Aktiven, eine stetige finanzielle Umverteilung von den versicherten zu den rentenbeziehenden Personen stattfindet.

Ferner hatten die versicherten Personen seit 2008 dreiAnpassungen in den technischen Grundlagen zu verkraften. Zwar konnten bei den ersten beiden Anpassungen Leistungseinbussen vermieden werden; dies jedoch teilweise auf Kosten der versicherten Personen, die dafür höhere Sparbeiträge leisten müssen. Die vorerst letzte Senkung des technischen Zinssatzes auf den 1. Januar 2019 hat hingegen zur Folge, dass die versicherten Personen im Alter von 22 bis 59 Jahren mit einer Leistungseinbusse von 2,8 bis 5,0 Prozent rechnen müssen.

Diese Entwicklungen zeigen auf, dass die versicherten Personen seit dem Primatwechsel stetig zur finanziellen Konsolidierung von PUBLICA beigetragen haben, während die Rentnerinnen und Rentner davon verschont geblieben sind. Ein Teuerungsausgleich auf den Renten würde dieses Ungleichgewicht noch verstärken, weshalb bis auf weiteres davon abzusehen ist. lch bedaure, lhnen keinen besseren Bescheid geben zu können, versichere lhnen aber, dass der Bundesrat die Anliegen der rentenbeziehenden Personen ernst nimmt und im Auge behält.

Zu den weiteren in der Resolution vorgebrachten Anliegen kann festgehalten werden, dass sich der Bundesrat weiterhin für eine finanziell konsolidierte berufliche Vorsorge einsetzt.

Freundliche Grüsse
Ueli Maurer
Bundesrat

Résolution pour des rentes justes et sûres!

La réponse du conseiller fédéral Ueli Maurer

Le Congrès des retraité-e-s 2019 de l'APC avait adopté une résolution à l'intention du conseiller fédéral Ueli Maurer (voir notre édition du Magazin-e no 1/2020). Voici sa réponse.

Madame la Présidente,
Madame la Secrétaire générale,

Dans la résolution pour des rentes justes et sûres adoptée lors du Congrès des retraité-e-s de l'APC, vous demandez comme mesure immédiate le versement d'une allocation unique de 750 francs à tous les retraité-e-s affiliés à PUBLICA afin de compenser une partie de la baisse de leur pouvoir d'achat. À plus long terme, vous réclamez en outre que les rentes fassent à nouveau l'objet d'une compensation intégrale ou partielle du renchérissement.

Il s'agit là de revendications qui ne peuvent être examinées seules, mais qui doivent être considérées en lien avec le principe de solidarité tel qu'appliqué actuellement dans le cadre de la prévoyance professionnelle.

Lors des travaux préparatoires pour le changement de primauté opéré en 2008, l'expert externe en matière de caisses de pension avait constaté un sous-financement structurel de 5,0% en moyenne dans les rentes PUBLICA – raison pour laquelle leur adaptation au renchérissement ne devait être envisagée à nouveau que lorsque ce dernier aurait franchi le seuil des 5,0 %. Selon l'Indice suisse des prix à la consommation (IPC), le renchérissement accumulé entre la dernière adaptation des rentes, en 2004, et la fin 2019 s'élève à 4,2%; une nouvelle compensation ne s'impose donc pas.

Il faut également tenir compte du fait que, depuis 2008, la rémunération des capitaux des bénéficiaires de rentes a systématiquement dépassé celle des avoirs de vieillesse des assuré-e-s actifs, ce qui implique une redistribution financière continuelle des assuré-e-s vers les retraité-e-s.

On notera enfin que les personnes assurées ont déjà dû faire face à trois adaptations des bases techniques depuis 2008 et que même s'il a été possible d'éviter des réductions de prestations lors des deux premières, cela s'est fait en partie aux frais des assuré-e-s, qui ont vu leurs cotisations d'épargne augmenter. Le dernier abaissement du taux d'intérêt technique en date, qui a eu lieu le 1er janvier 2019, se traduira quant à lui par une perte de prestations allant de 2,8 à 5,0% pour les assuré-e-s âgées de 22 à 59 ans.

On voit donc que, depuis le changement de primauté, les personnes assurées ont contribué de manière constante à la consolidation des finances de PUBLICA alors que, de leur côté, les bénéficiaires de rentes ont été épargnés. Une adaptation des rentes au renchérissement ne ferait qu'encore accentuer ce déséquilibre, c'est pourquoi nous devons, pour l'heure, y renoncer. Je regrette de ne pas pouvoir vous donner de réponse plus positive, mais je puis vous assurer que le Conseil fédéral prend très au sérieux les préoccupations des retraité-e-s et qu'il ne perd pas de vue ces questions.

S'agissant des autres demandes formulées dans la résolution, on pourra souligner que le Conseil fédéral continue d'œuvrer pour la consolidation financière de la prévoyance professionnelle.

Je vous prie d'agréer, Madame la Présidente, Madame la Secrétaire générale, l'expression de mes sentiments distingués.

Ueli Maurer
Conseiller fédéral

Groupe de travail «25<40»

Ils et elles sont l'avenir de l'APC!

Suite à l'enquête qu'elle a menée en 2019 auprès de ses membres, en collaboration avec l'institut de sondage gfs Zürich, l'APC a décidé d'approfondir son analyse auprès du public cible «25 à 40 ans».

A la fin février, un groupe de travail composé d'une dizaine de membres de l'APC s'est réuni à Lausanne. Les participant-e-s ont évalué ensemble les actions et prestations actuelles de l'APC pour un public âgé de 25 à 40 ans, ainsi que leur potentiel d'amélioration. Trois domaines ont notamment été discutés: «communication et information», «défense des intérêts et partenariat social», ainsi que «soutien et protection juridiques». Le groupe de travail a aussi été développé de nouvelles pistes afin de rendre l'APC plus attractive et répondre aux besoins d'un public jeune.
Ce travail de réflexion sera repris par l'institut gfs Zürich qui va tout prochainement tester les propositions auprès de non membres de l'APC. A l'issue du workshop, les participant-e-s ont exprimé le souhait de continuer à se rencontrer pour soutenir et accompagner les projets futurs de l'APC. A relever la grande diversité des participant-e-s. Merci pour leur esprit ouvert et constructif! Ils et elles constituent l'avenir de l'APC!

Martine Currat-Joye

De gauche à droite, tout devant: Laurent Prélaz, Administration fédérale des douanes, Raphaël Thöni, Base logistique de l'armée, Florent Gerbex, Agroscope

Derrière: Jude Schindelholz, Office fédéral du logement, Gemma Genoud, Office fédéral des constructions et de la logistique, Dieynaba Diabaté, Autorité fédérale de surveillance en matière de révision, Gabrielle Miescher, Centrale de compensation, Adrien Delafontaine, Etat-major de l'armée, Fabienne Mabillard, Bibliothèque nationale suisse Viviane Hasselmann, Direction du développement et de la coopération.

Jahresbericht 2019

Der PVB hat soeben seinen Jahresbericht 2019 veröffentlicht!
Sie können diesen online unter **www.pvb.ch/downloads-de** lesen.
Viel Spass beim Lesen!

Rapport d'activités 2019

L'APC vient de publier son rapport d'activités 2019!
Vous pouvez le consulter en ligne sous **www.pvb.ch/downloads-fr.**
Bonne lecture!

Sektionen

Sektion Dübendorf

Einladung zur Generalversammlung/Herbstversammlung 2020

Liebe Kolleginnen und Kollegen
Wir laden Euch recht herzlich zu unserer Generalversammlung/ Herbstversammlung 2020 ein:

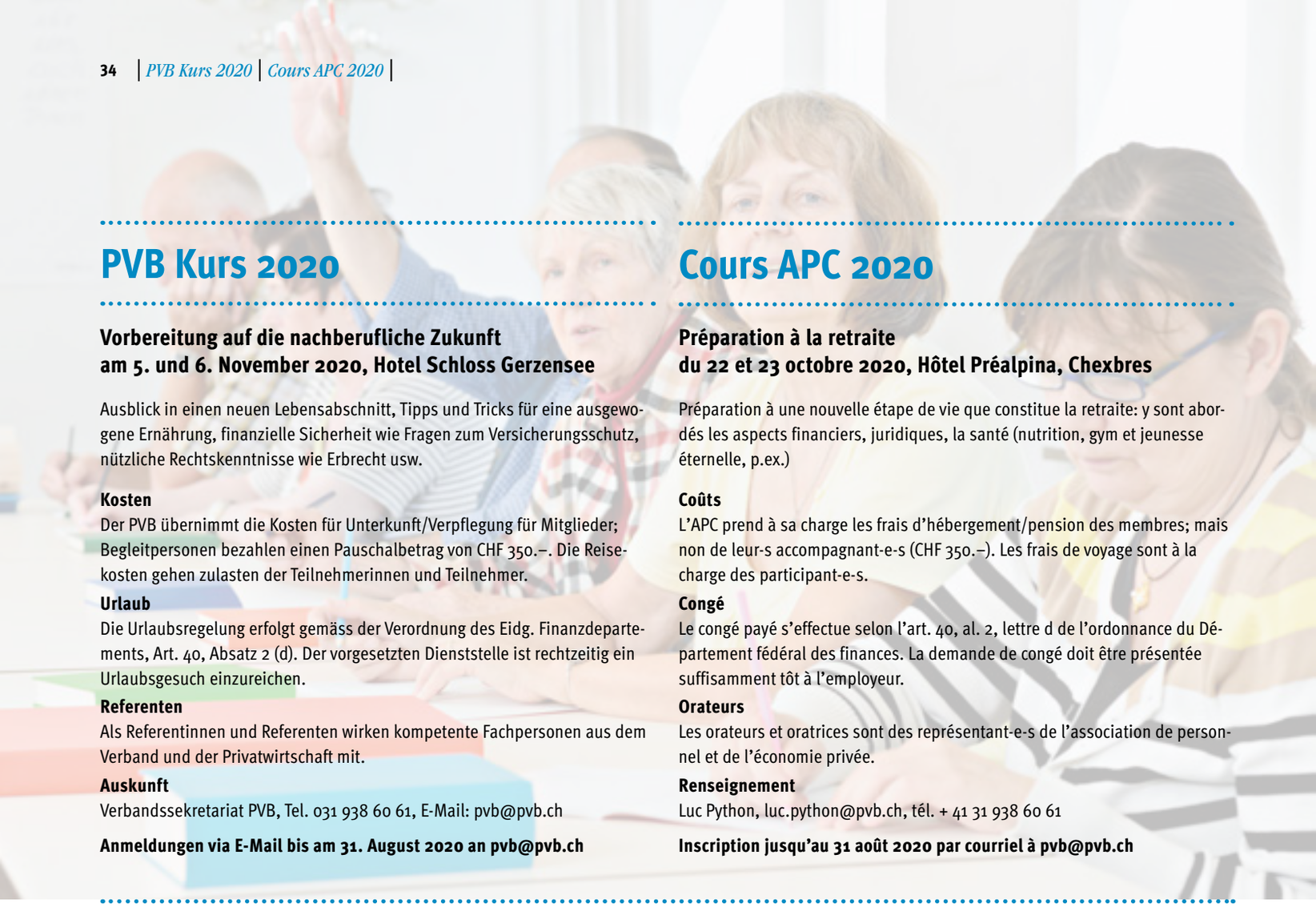
Donnerstag, 17. September 2020, 18.00 Uhr,
Personalrestaurant, Militärflugplatz, 8600 Dübendorf (Haupteingang)

Traktanden

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Protokoll der 71. Generalversammlung
4. Jahresbericht des Präsidenten
5. Ehrungen
6. Finanzielles
   6.1. Jahresrechnung 2019
   6.2. Revisorenbericht
   6.3. Voranschlag 2020
7. Wahlen
   7.1. Präsident
   7.2. Vorstand
   7.3. Rechnungsrevisoren
   7.4. Delegierte
8. Anträge
9. Verschiedenes

Im Anschluss an die Generalversammlung wird ein Nachtessen offeriert.
Die Anmeldung für die Teilnahme an der GV ist bis zum 1. September 2020 an René Steiner zu senden. (R. Steiner, Stauberbergstr. 39, 8610 Uster; Tel.: 076 399 14 55; Email: pvb.steiner@gmx.ch)
Anträge zuhanden der Generalversammlung sind bis zum 25. August 2020 schriftlich an den Präsidenten zu richten. (A. Werro, Überlandstrasse 255, 8600 Dübendorf, E-Mail: andrea.werro@vtg.admin.ch)
Eine Vertretung des Verbandssekretariats oder der Geschäftsleitung PVB wird anwesend sein.
Das Nachtessen wird, wie immer, durch die Sektionskasse offeriert.
Der Vorstand freut sich auf zahlreiches Erscheinen.

Mit kollegialen Grüssen
Andrea Werro
Personalverband des Bundes, Sektion Dübendorf, Präsident



PVB Kurs 2020

Vorbereitung auf die nachberufliche Zukunft am 5. und 6. November 2020, Hotel Schloss Gerzensee

Ausblick in einen neuen Lebensabschnitt, Tipps und Tricks für eine ausgewogene Ernährung, finanzielle Sicherheit wie Fragen zum Versicherungsschutz, nützliche Rechtskenntnisse wie Erbrecht usw.

Kosten
Der PVB übernimmt die Kosten für Unterkunft/Verpflegung für Mitglieder; Begleitpersonen bezahlen einen Pauschalbetrag von CHF 350.–. Die Reisekosten gehen zulasten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Urlaub
Die Urlaubsregelung erfolgt gemäss der Verordnung des Eidg. Finanzdepartements, Art. 40, Absatz 2 (d). Der vorgesetzten Dienststelle ist rechtzeitig ein Urlaubsgesuch einzureichen.

Referenten
Als Referentinnen und Referenten wirken kompetente Fachpersonen aus dem Verband und der Privatwirtschaft mit.

Auskunft
Verbandssekretariat PVB, Tel. 031 938 60 61, E-Mail: pvb@pvb.ch

Anmeldungen via E-Mail bis am 31. August 2020 an pvb@pvb.ch

Cours APC 2020

Préparation à la retraite du 22 et 23 octobre 2020, Hôtel Préalpina, Chexbres

Préparation à une nouvelle étape de vie que constitue la retraite: y sont abordés les aspects financiers, juridiques, la santé (nutrition, gym et jeunesse éternelle, p.ex.)

Coûts
L'APC prend à sa charge les frais d'hébergement/pension des membres; mais non de leur-s accompagnant-e-s (CHF 350.–). Les frais de voyage sont à la charge des participant-e-s.

Congé
Le congé payé s'effectue selon l'art. 40, al. 2, lettre d de l'ordonnance du Département fédéral des finances. La demande de congé doit être présentée suffisamment tôt à l'employeur.

Orateurs
Les orateurs et oratrices sont des représentant-e-s de l'association de personnel et de l'économie privée.

Renseignement
Luc Python, luc.python@pvb.ch, tél. + 41 31 938 60 61

Inscription jusqu'au 31 août 2020 par courriel à pvb@pvb.ch

Kurs – Vorbereitung auf die nachberufliche Zukunft am 5. und 6. November 2020

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ, Ort:

Tel. Geschäft:

Tel. Privat:

E-Mail:

Geburtsdatum:

Sektion PVB:

Dienststelle, Funktion:

Datum der Pensionierung:

❑ Ich werde von meiner Partnerin oder meinem Partner begleitet:

Name und Vorname der Begleitperson:

Ort, Datum:

Unterschrift:

Cours préparation à la retraite du 22 et 23 octobre 2020

Nom:

Prénom:

Adresse privée:

NP, lieu:

Tél. prof.:

Tél. privé:

E-mail:

Date de naissance:

Section APC:

Employeur, fonction:

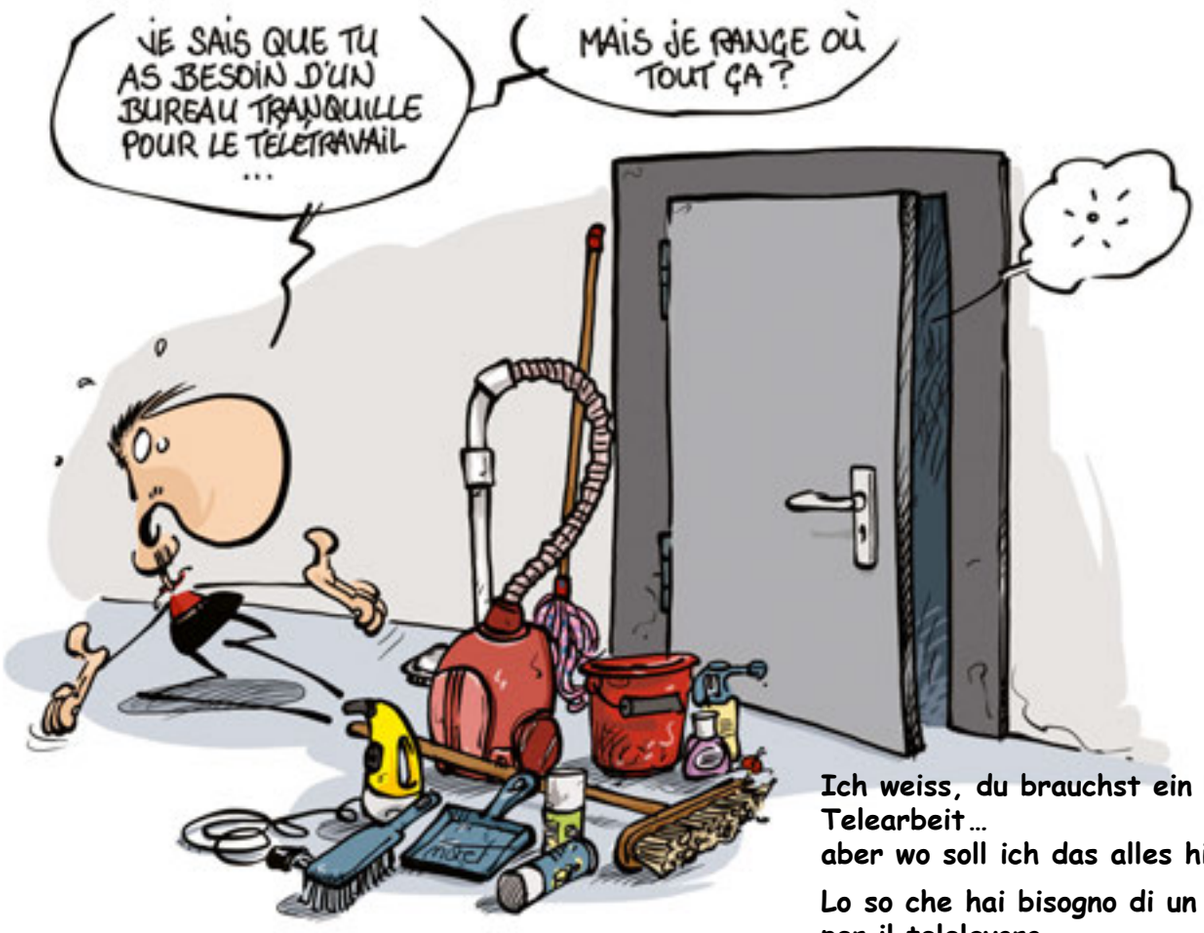
Lieu de service:

Date prévue de la retraite:

Accompagnant(e): Nom/prénom:

Lieu, date:

Signature:



Ich weiss, du brauchst ein Büro für die Telearbeit …
aber wo soll ich das alles hinstellen?

Lo so che hai bisogno di un posto tranquillo per il telelavoro …
ma io dove metto queste cose?

BEKB | BCBE

Hypothèques à taux préférentiels pour tous les membres de l'APC

Vos avantages

– Conditions préférentielles sur les hypothèques à taux fixe (aussi à durée échelonnée)
– Un taux d'intérêt pouvant être fixé jusqu'à 12 mois à l'avance
– Pas de frais de dossier

Pour en savoir plus, rendez-vous sur **bcbe.ch/apc** ou appelez-nous au **031 666 14 40.**

Impressum

Erscheinungsweise: 5-mal pro Jahr

Redaktion:
Oberdorfstrasse 32, 3072 Ostermundigen
Redaktoren/-innen: Janine Wicki, Jürg Grunder, Luc Python, Elias Toledo
Kommunikationsverantwortliche und Redaktorin: Martine Currat-Joye
Administrations- und Sektionsverantwortliche: Melanie Spicher, Tamara Schindler, Natascha Krebs
Tel. +41 (0)31 938 60 61
E-Mail: redaktion@pvb.ch, www.pvb.ch

Druck und Expedition:
Stämpfli AG
Wölflistrasse 1, Postfach, 3001 Bern
Tel. +41 (0)31 300 66 66

Adressänderungen:
Mutationsdienst PVB
Oberdorfstrasse 32, 3072 Ostermundigen
E-Mail: pvb@pvb.ch
Tel. +41 (0)31 938 60 61

Inseratenverwaltung:
Personalverband des Bundes (PVB)
pvb@pvb.ch
Tel. +41 (0)31 938 60 61

WEMF-beglaubigte Auflage: 9193 Exemplare